Antifaschistisches INFO blatt

Doppelnummer 6/7

Feb./März'89 * 3.-

TÜRKIYEMSPOR
AUSLÄNDER BLEIBEN
NAZIS VERTREIBEN

Berliner Illustrierte Nachtausgabe

Goebbels an die Berliner: Keine Demonstrationen mehr!

Judenfrage wird gesetzlich geregelt

Trauerfeier für Ernst vom Rath

'Republikaner'

'Aussiedler'

'KAH' - 20.April'89: MILITANTE FASCHISTEN

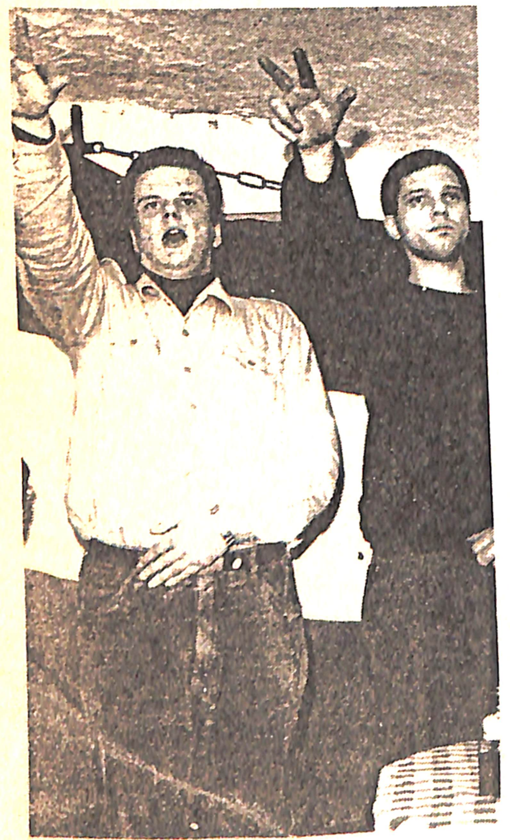
Jedes Jahr am 20.April "feiern" neue und alte Nazis den Geburtstag Adolf Hitlers, auf ihre Art und Weise. Das geht von "Feiern" und Gedenken an den Führer des Nationalsozialistischen Terrorsystems, bis hin zu Überfällen auf AntifaschistInnen, AusländerInnen usw.. Dieses Jahr ist jedoch mit einer neuen Eskalation zu rechnen. Es ist der 100. Geburtstag und der wird schon seit Jahren vorbereitet.

Am 25/26.Mai 1984 fand in Madrid ein Treffen zwischen dem ANS-Gründer **Michael Kühnen** und seinem Stellvertreter **Thomas Brehl** mit einem der Schlüsselfiguren der "Braunen Internationale" **Leon Degrelle** statt. Degrelle(82) ist Gründer der belgischen **'Rex Nationale'**, war Kommandeur der flämischen SS-Freiwilligen und höchstdekorierter Ausländer (Eichenlaub zum Ritterkreuz). Er ist in Belgien in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.Sie gründeten ein **'Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers'**, kurz **KAH.** Für dieses Datum wurden europaweite Aktionen ins Auge gefaßt. Degrelle wurde 'Ehrenvorsitzender'. Eine Schlüsselfunktion zur Herstellung der deutsch-spanischen Kontakte hat **Walter Mathaei** inne. 'Capitan Walter' war 'Reichsjugendführer' der 1952 verbotenen 'Sozialistischen Reichs-Partei', hat 30 Jahre in Spanien gelebt und kam 1987 nach Deutschland zurück. Er ist 'Alt-Bundesführer' der **'Wiking-Jugend'** und in der FAP aktiv.

Einen Schwerpunkt setzten sie auf die Erstellung von Massenpublikationen also Plakate, Flugblätter und Aufkleber in vier Sprachen. Mit Hilfe Degrelles erzielte die ANS-Führung Übereinkunft für koordinierte Aktionen mit verschiedenen Nazi-Organisationen in Westeuropa. Hervorzuheben sind dabei die spanische **CEDADE** (Spanischer Kreis der Freunde Europas), die belgische 'Rex Nationale', aus Frankreich die **FNE** (Faisceaux Nationalistes Europeen),die **NSIWP** (National Socialist Irish Workers Party) und der **'Nordischen Reichspartei'** aus



Thomas Brehl und Walter Mathaei



Michael Kühnen und Christian Worch

'Capitan Walter'-Walter Mathaei war während der drei Jahrzente, die er in Spanien lebte eine Schlüsselfigur in der spanischen Faschisten-szene zu den militanten Neo-Nazi Organisationen in der BRD. Über ihn kam z.B. **Gerald Kuhn** in die 'Spanische Legion', eine der Ausbildungszentren der internationalen militanten Faschistenszene. Kuhn war früher in Westberlin in der **'Wiking-Jugend'** und später in der 1982 verbotenen **'DAJ'** (Deutsche Arbeiter Jugend) aktiv. Bei den Hausdurchsuchungen gegen diese Gruppe wurden die meisten Waffen bei ihm gefunden. Zuletzt tauchte er in der FAP auf.

Matthaei hatte in Spanien einen Verlag sowie die spanische 'Wiking Jugend' aufgebaut. Matthaei war es auch, der den bundesdeutschen Neonazis den Kontakt zur span. **CEDADE** herstellte. Es gibt Schätzungen, die der CEDADE 3000 militärisch trainierte Mitglieder zurechnet. Etliche Anschläge, auch tödliche, gehen auf das Konto dieser Organisation. Bevor sich Matthaei in Spanien niederließ, war er führender Funktionär der **'Sozialistischen Reichspartei'** und erster Bundesführer der 'Wiking-Jugend'. Die 'SRP' wurde als NS-Nachfolgeorganisation vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Eine gründliche Ausbildung im Nazi-Terror dürfte Matthaei beim **'Reichssicherheitshauptamt' (RSHA)** erhalten haben. Bis 1945 war er dort im Range eines Hauptmanns aktiv. Das 'RSHA' faßte den Nazi-Geheimdienst 'SD' und die 'Sicherheitspolizei' zusammen. Das RSHA war die oberste Kommandozentrale, die die Terror-, Mord-, Spionage- und Sabotage-Aktionen der 'SS' koordinierte.

MOBILISIEREN INTERNATIONAL



Schweden, sowie den **ANS Auslandsorganisationen** in Österreich, den Niederlanden und im flämischen Teil Belgiens.

Mit dieser langfristig angelegten Mobilisierung wird eine einheitliche europäische NS-Bewegung angestrebt, denn auf Hitler berufen sich heute die meißten europäischen NS-Organisationen. Zu Hilfe kamen Kühnen dabei seine guten Kontakte zu dem Chef der **NSdAP/AO** (Auslandsorganisation) des US Amerikaners **Gary Rex Lauck**, der auch als presserechtlich Verantwortlicher für die ANS-Auslandsorganissationszeitung **'Die Neue Zeit'** auftrat. Er versendet aus den USA NS-Propaganda in die ganze Welt und verfügt über 20.000 Adressen in West-Europa.

Als nächsten Schritt zu einer sog. **'Europäischen Bewegung'** gründete Kühnen kurz vor seiner Verhaftung in Paris eine deutsche Ausgabe der Zeitung **"Unser Europa"**, die der französische Nazi und Le Pen Bewunderer **Michel Caignet** weiterleiten sollte. Zwei Nazis aus Kühnens Organisation erzählten einem 'Quick' Repoter, in Paris, daß sie eine illegale NSdAP aufbauen wollen.

In der BRD wurde noch im selben Jahr ein 'KAH' gegründet. "Stellvertreender Generalsekretär und Sektionsleiter West" wurde der Duisburger FAPler **Jürgen Mosler**. Für die Sektion Nord wurde **Thomas Wulff** ernannt, für Sektion Süd **Michael Swierczek** und für die Sektion Mitte **Peter Müller**. In der **'Neuen Front'**(interne Zeitung der ANS in der FAP) wird betont, daß das 'KAH' im Gegensatz zur ANS nicht politisch auftritt, sondern lediglich die Vorbereitungen für den 100sten Geburtstag trifft. Aus dem Programm des 'KAH' geht hervor, daß die *"Bewegung über verschiedene Organisationen und Parteien"* verfügt. Dabei geht es den Faschisten, um *"Qualität statt Quantität"*. Also eine übergeordnete Organisation, die nach außen unter verschiedenen Namen auftritt. Dabei fallen uns erstmal die folgenden Organisationen ins Auge unter denen sowieso eine enge Zusammenarbeit besteht: **FAP, NF** und die **'Wiking Jugend'**, sowie die unter einer Vielzahl von Namen auftretenden NS-Gruppen und Vereinigungen.

Vereinheitlichung der NS-Organisationen

Dieses 'KAH' gab seit 1986 verschiedene "Dienstanweisungen" heraus: Wie die Befehlsstruktur innerhalb der Organisation(en) zu gestalten sei, daß wöchentliche Treffen und die Marschordnung beschrieben, welche Stellung die Füße beim Strammstehen einzunehmen haben, nämlich nicht ganz 90 Grad usw. Sinn dieser ganzen Sache ist die Disziplinierung des ganzen Nazi-Haufens und die Vorbereitung für Aufmärsche in militärischer Formation, die nicht so leicht anzugreifen bzw. aufzulösen sind.

Nun ist ja bekannt, daß sich die FAP in einen **Kühnen-Flügel** und in einen **Mosler/Heidel** (FAP-Leiter Hannover) **Flügel** gespalten hat. Grund waren die Äußerungen Kühnens aus dem Knast über Homosexualität. Doch insgesamt ist der Grund dieser Spaltung mehr Führungskonkurrenz als tiefgreifende ideologische Unterschiede. Auch Kühnen Gefolgsleute, wie **Christian Worch** aus Hamburg, werden von dem 'KAH', in dem Mosler inzwischen 'Generalsekretär' geworden ist, noch akzeptiert und nicht ausgeschlossen.

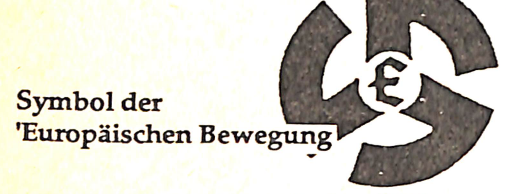


FAP-Aufmarsch aus dem Wiking Jugend Kalender 1988: 1. v. r.'SS-Siggi' Borchard, 3. v. r. Gerald Kuhn ('Kommando Adolf Eichmann'), 3. v.l.Thomas Wulff ('Steiner')

Aktionen gemacht werden sollen usw. Ein **"Referat Recht und Justiz"** gibt Anweisungen wie man sich zu verhalten habe, wenn Nazis mal festgenommen werden oder einen Prozeß haben. Die Anordnungen des **"Referats Schulung und Ausbildung"** gehen für einigermaßen klar denkende Menschen schon ins Absurde. Dort wird

Die Weiterführung der 'Europäischen Bewegung' lag anscheinend in der Zeit, in der Kühnen im Knast saß, relativ brach. Er verfügt nach wie vor über eine große Anzahl von inter-

nationalen Kontakten. Ob es zu gemeinsamen Aktionen dieser beiden Fraktionen kommt ist nicht genau zu sagen, aber das ist für uns auch relativ egal. Fest steht, daß die Vorbereitungen für den 20.April'89 laufen.



Symbol der 'Europäischen Bewegung'

In der **"Neuen Front"** des Kühnen-Flügels "Oktober/November 99JdF" (heißt im 99.Jahr des Führers, gemeint ist 1988) berichtet Kühnen über das Wiederaufleben der 'Europäischen Bewegung', die nach der FAP-Spaltung praktisch tot war. Angekündigt ist dort eine von der Kühnen Fraktion zu *"organisierende Kundgebung"* mit internationaler Beteiligung: Aus Frankreich hat die **PNFE** (Parti Nationalist Francais et Europeen) zugesagt, sie ist aus der oben erwähnten PNE hervorgegangen. Ein **norwegisches KAH**, von Mitgliedern der **'Nasjonalt Folkeparti'** gegründet und Nazis aus den Niederlanden haben zugesagt. Aus Flandern sollen die Gruppe **'Weerstand'**, und *"eine Gruppe entäuschter VMO Aktivisten"*. mit von der Partie sein.

Im August '88 führte eine Kühnen-Delegation in Almeria die Gespräche mit der 'CEDADE' über die Vorbereitung des 20.Aprils '89 fort, am 12.Dezember des gleichen Jahres traf Kühnen selbst mit dem Präsidenten der 'CEDADE' Varela in München zusammen. 'Die Neue Front' berichtete über die Bereitschaft der Spanier zu gemeinsamen Aktionen.

Westberlin: Eine 'Bewegung 20.April' schändete in der Nacht vom 6./7.Januar die Gedenkstätte Plötzensee für die Opfer des Nationalsozialismus. Sie haben an der Landwehrkanal-Brücke über dem Denkmal für Rosa Luxemburg einen Schweinekopf aufgehängt und das Denkmal mit einem Hakenkreuz beschmiert. Außerdem wurden an der Gedenkstätte Plötzensee zwei Schweinekopfhälften aufgehängt, zwei weitere lagen auf der Plattform des Denkmals an der Putlitzbrücke, das an die Deportation der Berliner Juden in die KZs erinnert.
Eine Woche später werden in Steglitz fünf Jugendliche festgenommen, die Hakenkreuzufkleber der NSdAP/AO des US-Amerikaners Gary Lauck verklebten und NS-Plakate dabeihatten. Es ist nicht das erste Mal das NS-Aufkleber in der Stadt verklebt werden.
Seit einiger Zeit sammeln die westberliner Nazis Adressen von AntifaschistInnen, besonders an den Schulen. Außerdem verfügen sie über eine Kartei mit Fotos von Personen die Antifa-Arbeit machen. Neben zahlreichen Beobachtungen von AntifaschistInnen, ist diese Tatsache von dem NF-Nazi Christian Francke in einer Zeugenaussage vor Gericht bestätigt worden. Am 18.10.'88 bekundete er, daß er Fotos von Linken sammele und diese archiviere. Er würde sie jedoch nicht zu Hause aufbewahren, weil er Angst vor Hausdurchsuchungen durch die Polizei oder AntifaschistInnen habe.
Wenn die Nazis am 20. April auftreten, dann müssen wir damit rechnen, daß dies in offen faschistischer und teroristischer Form geschieht. Also eine andere äußerliche Form, als das nach außen hin vermittelte Bild der 'Deutschen Jugendinitiative' (DJI) oder das was das Programm der 'Freiheitspartei' hergibt. Doch alle Anzeichen und personelle Verbindungen führen zu eben jenen Gruppen hin, die hinter diesen beiden Namen stehen: Die FAP und die NF, die Teil des KAHs sind.(siehe Artikel zur 'Freiheitspartei')

Doch auch die Kontakte anderer Nazi-Organisationen ins Ausland sind gut und teilweise die Selben, die Kühnen hat. So waren Mitglieder der **'Nationalistischen Front' (NF)** bei einem internationalen Faschisten Treffen in Frankreich. Zu den dort Anwesenden sprach der oben bereits erwähnte Leon Degrelle über Telefon, was die NFler sehr bewegend fanden, jedoch nicht viel verstanden haben. Außerdem nahmen sie an dem internationalen Faschisten-Treffen in Koortrijk, Belgien, teil. Anwesend war auch, neben Faschisten aus ganz Europa, eine Delegation der französischen PNFE, Abspaltung der 'FNE' (s.o.). Allzu viel konnten sie auf diesem Treffen jedoch nicht bereden, da es von AntifaschistInnen verhindert worden ist und sie die meiste Zeit im Knast verbrachten.



Das auch mit Gewalttaten der Nazis zu rechnen ist, ist laut 'Spiegel' auch die Überzeugung des bayrischen und baden-würtembergischen Verfassungsschutzes. Die oben aufgeführten Tatsachen sprechen dafür, daß wir am 20.April, bzw. davor, mit verschiedenen Aktionsformen der Nazis rechnen müssen:

-Aufmärsche und Versammlungen, eventuell im größeren Maßstab: **Berlin hat da als ehemalige 'Reichshauptstadt' eine gewisse Attraktivität, aber auch Braunau in Österreich, dem Geburtsort Hitlers.** *Spanien ist eine weitere Möglichkeit, da sich die militanten Nazis , finanziert*

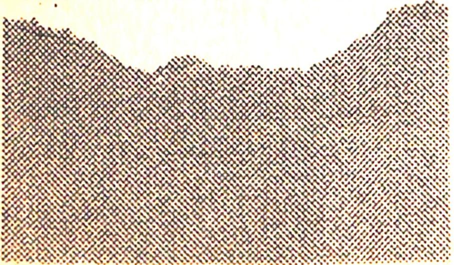
von Spenden ehemaliger SS-Leute, und Unterstützung von mehreren Zehntausend Franco-Anhängern auch dort versammeln können. (Spiegel)
-terroristische Aktionen gegen Linke, AntifaschistInnen, AusländerInnen und Juden/Jüdinnen
-'symbolische' Aktionen, wie die Denkmalsschändungen
-Verbreiten von NS-Propaganda

Der 20.April '89 soll nach Vorstellungen der Faschisten ein Höhepunkt ihrer Mobilisierung werden. Die Vorbereitungen dafür laufen seit Jahren. Das terroristische Potential der Nazis, auch in Westberlin, ist dabei nicht zu unterschätzen. Bislang wurden diese Kräfte von erfahrenen Alt-Nazis zurückgehalten, um nicht zu früh und schlecht organisiert loszuschlagen.

Seid wachsam!
Haltet Augen und Ohren offen!



Nazi-Aufmarsch in den USA



NAZI-TERRORIST EKKEHARD WEIL

Ekkehard Weil (40) wurde von der westberliner Polizei als Tatverdächtiger für die Denkmalsschändungen vom 7.1.'89 ermittelt. Als Käuferin der Schweinekopfhälften wurde eine 28-jährige Pia B. durch Zeugen wiedererkannt.

Ekkehard Weil ist seit fast 20 Jahren in der internationalen Nazi-Terror Szene aktiv. Mitte der 60er Jahre gehörte er rechtsradikalen **'Gemeinschaft Deutscher Jugend'** in Westberlin an. Als Mitglied der **'Europäischen Befreiungsfront'** hatte er im November '70 einen Wachsoldaten des Sowjetischen Ehrenmals am Brandenburger Tor beschossen und schwer verletzt. *"Obwohl die politische Polizei die Namen aller acht am Attentat beteiligten Täter kannte, wurde Weil zum alleinigen Sündenbock gemacht".* .(Konkret 11/80). Vor einem britischen Gericht erhielt er die milde Strafe von 6 Jahren und nach vier Jahren wurde er vorzeitig entlassen.

1976 reiste er mit zwei weiteren Nazis in Richtung Libanon, wo sie an einem Ausbildungslager teilnehmen wollten. Unter ihnen **Günter Bernburg** (heute **FAP** und **1977 im Berliner 'NSdAP/ AO-und '83 im ANS/NA-Prozeß verurteilt)**. Neben seiner Beteiligung an NS-Treffen in der **Gärtnerei Müller in Mainz**, war er auch in der Westberliner **'Bürgerinitiative Demokratie und Identität'** aktiv., deren Mitglieder heute in westberliner Rathäusern sitzen. Er sitzt allerdings zur Zeit im Moabiter Knast wegen der ANS/NA-Gründung.

In Jugoslawien wurden die Beiden verhaftet, wegen Urkundenfälschung zu drei Monaten Haft verurteilt und des Landes verwiesen. Sie wurden laut Berichten der Frankfurter Rundschau von dem Berliner Ex-NPD-ler **Johannes Kös-ling** dort wieder herausgeholt.

Am 1.August '79 verübte Weil mit anderen zusammen einen Brandanschlag auf das Charlottenburger SEW-Büro. Weil wurde zu 3jähriger Haftstrafe verurteilt. Während der Verhandlung attakierte er einen Journalisten und zerschlug ihm das Nasenbein, dafür bekam er ein zusätzliches halbes Jahr.

In der Nähe des Büros war in der selben Nacht ein Auto in einen Unfall verwickelt, dessen Fahrer geflohen war. Das Auto gehörte **Ingrid Röthke.** Das **Ehepaar Röthke** war in Berlin bekannt für seine Naziaktivitäten im **'Bund Heimattreuer Jugend'** (BHJ) in Reinickendorf und im Märkischen Viertel. Wegen des Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit dem Brandanschlag, wurde Ingrid Röthke aus dem 'BHJ' ausgeschlossen, wenig später auch ihr Mann.



Günter Bernburg und Reinhard Golibersuch

Helge Röthke wurde seit 1971 mehrfach wegen Waffenbesitzes und Sachbeschädigungen verurteilt. Er wurde zum Umkreis der **'NDBB'** in Berlin gerechnet. Bei Wohnungsdurchsuchungen gegen diese Organisation fand die Polizei 1971 17 Gewehre, 9 Pistolen, Munition, Hakenkreuzfahnen und NS-Schriften. 1978 saß er zusammen mit **Michael Pohl** (Wehrsportgruppe Pohl-Westberlin) vorübergehend in Untersuchungshaft. Sie wurden beschuldigt an einem Waffenraub aus dem Bundeswehrdepot in Reinbek beteiligt gewesen zu sein.

Nachdem Weil '79 nicht mehr von einem Hafturlaub zurückgekehrt war, wird er das nächste Mal am

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus:
DER PUTZ BRÖCKELT AB !

Den größten Teil dieses Infos nimmt die Berichterstattung über die 'Republikaner' ein. Die Artikel über den Verlauf des Wahlkampfes und die antifaschistischen Gegenaktivitäten sind größtenteils vor dem Wahlergebnis erstellt worden. Beginnen wollen wir mit einer politischen Einschätzung des Wahlergebnisses und den Schlußfolgerungen, die daraus zu ziehen sind.

Nachdem der Wahlrummel beendet ist, gilt es für die antifaschistischen Kräfte Bilanz zu ziehen. Dabei können und wollen wir uns nicht allein auf 'Die Republikaner' beschränken. Ihre Erfolge, die auch uns in dieser Höhe überrascht haben, sind nur zu erklären, wenn wir sie im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung betrachten, wenn wir erklären können wie die Parteien darauf reagieren mußten. Der Wahlkampf hat diese Entwicklung in Westberlin verdeutlicht.

So spektakulär und steil wie die Karriere Diepgens begann, so unerwartet tief war der Fall am Wahlabend mit der Bekanntgabe der ersten Hochrechnung. Nachdem sich die Bestürzung bei den Regierenden und die Überraschung bei der Opposition gelegt hat, beginnt die Suche nach den Gründen für das unerwartete Wahlresultat. Zwei Punkte stehen im Vordergrund für die Journalisten, Meinungsforscher und Akteure:
1. Die verheerenden Verluste von CDU und FDP.
2. Die Erfolge der Republikaner.

Dabei dienen Gründe, die vor allem für den Erfolg der Reps bei Politikern von CDU, FDP, SPD und AL angeführt werden, mehr der Bestätigung des eigenen politischen Stanpunktes und der eigenen politischen Absichten als der Suche nach den Ursachen.

Die hilflosen Versuche einer Erklärung:

In der CDU/CSU ist nach ihrer Wahlniederlage ein heftiger Streit entbrannt über den zukünftigen Kurs der Union. Generalsekretär Heiner Geißler, der liberale Flügel, die Sozialausschüsse wollen die bisherige Politik fortsetzen. Sie hoffen auf die Wähler der Mitte, enttäuschte Sozialdemokraten, Leute die den Grünen den Rücken kehren. Dagegen läuft die CSU und der deutschnationale Flügel in der CDU Sturm. Sie erklärten die Niederlage des Senats und den Erfolg der 'Republikaner' damit, daß deren Programatik in der praktischen Politik der Union nicht berücksichtigt wurde. Mit einer verschärften Ausländerpolitik, der Änderung des Asylrechtes im Grundgesetz,.dem Ausbau des staatlichen Repressionsapparates gegen die Linke und soziale Auseinandersetzungen soll der Konkurrenz auf dem rechten Rand begegnet werden. So haben für Lummer die Reps die Programatik der Union abgeschrieben, es komme nun darauf an, dieses Programm auch in praktische Poltik umzusetzen.



Die FDP ist erstmals verstummt. Sechs Tage nach der Wahl kommt die Erklärung von Adam-Schwätzer, daß auch die 'Freien Demokraten' Konsequenzen aus der Wahlniederlage ziehen müssen, verbunden mit der Ermahnung an die CDU nicht nach rechts zu rücken. Dahinter steckt die Erkenntnis, daß das Wahlresultat für die Bonner Regierungspolitik zusätzliche Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen bringen wird und die Angst, die FDP könne bei einer weiteren politischen Polarisierung zwischen den Kontrahenten zerrieben werden.

Die Gegener des CDU/FDP Senats machen gerade dessen ausländerfeindliche Politik, die Hetze der Medien gegen Flüchtlinge und "Wirtschaftsasylanten" für die rassistische Stimmung und den Aufschwung der Reps verantwortlich. Sie hätten die Themen und damit die Nazis hoffähig gemacht. Dagegen setzen sie ihre Utopie einer "multikulturellen" Gesellschaft/Stadt, die die Wähler/innen davon überzeugen wird, daß sie vor den "Fremden" keine Angst zu haben bräuchten.

Als weitere Gründe, die den Erfolg der rassistischen Republikaner erklären sollen, werden genannt:
- der geschickte Wahlspot
- die Aufmerksamkeit, die die Gegenaktivitäten den Reps erst beschert habe. Eine Behauptung, die der dümmlichen Geschichtsverfälschung ähnelt, wie in Weimar hätten sich die Linken und Rechten gegenseitig hochgeschaukelt und die Demokratie zerstört.
- eine mangelnde Geschichtskenntnis in der Bevölkerung. So will sogar Po-

lizeipräsident Scherz der Sympathie für die Reps in der Polizei durch staatsbürgerliche Aufklärung und verstärktem Geschichtsunterricht begegnen, womit er seine Dienste auch gleich einem zukünftig sozialdemokratisch geführten Senat anbietet.
- die 'Frankfurter Rundschau' vergleicht in einem Kommentar den Erfolg der Reps mit den kurzfristigen Wahlsiegen der NPD Ende der sechziger Jahre, in der kleinbürgerlichen Hoffnung, daß sich der Sturm wieder legen wird und der "Deutsche Michel" sich beruhigt zur Ruhe legen kann.

All diese Erklärungen, die sich z.T. widersprechen, enthalten jede für sich ein Körnchen Wahrheit. Sie können jedoch die wirklichen Ursachen nicht benennen und dienen, gewollt oder ungewollt, mehr der Vernebelung als der Erhellung. Schauen wir uns die gesellschaftliche Prozesse der letzten Jahre genauer an und versuchen zu ermitteln, welche Interessen, Befürchtungen und Ängste zu dem überraschenden Wahlausgang geführt haben.

Das Wahlergebnis: Ausdruck sozialer Differenzierung und Polarisierung !

All diese oben genannten Thesen bleiben an der Oberfläche der Erscheinung haften. Wieso konnten die bisherigen Parteien die Stimmungen, die da hochkommen, nicht auffangen? Lag das an ihrer Unfähigkeit, am mangelnden Willen, an falschen Vorstellungen und Programmen? Oder hat sich in der BRD und Westberlin eine gesellschaftliche Entwickung vollzogen, auf die die Parteien keine Antwort mehr haben und die sie nicht mehr abdecken können?

1981 mußte der SPD geführte Senat seine entscheidende Wahlschlappe einstecken. Das bedeutete für die SPD nicht nur die Abgabe der Macht an die CDU/FDP, sondern auch den Einzug der AL in Abgeordnetenhaus. Genauso verlief die Entwicklung in der BRD nach dem Scheitern des 'Modells Deutschland', das hieß Versuch der Aussöhnung von ArbeiterInneninteressen mit dem Kapital, von Bundeskanzler Schmidt. In den Grünen und Alternativen entstand eine Konkurrenz zur SPD. Trotz aller Prognosen, daß es sich um eine Protestwahl handele, daß die Präsenz der Grünen eine vorübergehende Erscheinung bleiben werde, sitzen ihre Vertreter/innen noch im Bundestag und in fast allen Länderparlamenten. Die abwärts. Bei allen Umfragen vor der Wahl wurden die Probleme des Wohnungsmarktes, der Arbeitslosigkeit, der sozialen Sicherung (Gesundheitsreform) und der Ausländerpolitik von den Befragten für ihre Wahlentscheidung als ausschlaggebend bezeichnet. Diese Probleme sind voll gegen die CDU und FDP durchgeschlagen. In Berlin gin-



wachsenden sozialen und ökologischen Probleme verbunden mit einem immer geringer werdenden Spielraum staalicher Finanz- und Reformpolitik engten die Möglichkeiten der Volkspartei SPD ein, ihre Klientel finanziell und politisch zufriedenzustellen. Vor allem Wähler/innen aus den Mittelschichten, Akademiker, Lehrer, Sozialarbeiter usw. wanderten zu den Grünen ab. Teile der Arbeiterwähler liefen zur CDU. Wenn schon im sozialen Bereich gespart werden muß so sollten jetzt die kompetenteren Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Union mit ihren Beziehungen zu den Unternehmern das Steuer übernehmen, in der Hoffnung, daß es nach ein paar Jahren der Einschränkungen wieder aufwärts gehen werde.

Diese Hoffnungen wurden auch in Berlin enttäuscht. Statt aufwärts ging es für Teile der Arbeiterschaft, für die Arbeitslosen, die Alten und Rentner, die Sozialhilfeempfänger gen diese Wähler/innen zurück zur SPD oder enthielten sich der Stimme. Am rechten Rand der CDU stiegen die Reps wie Phoenix aus der Asche. Auch die Union als Volkspartei steht nun vor der Tatsache, daß sie ihre gesamte Wählerschaft nicht mehr bedienen und befriedigen kann.

Bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl ging der Hauptteil der Stimmenverluste der CDU an die Reps (46.000 Wähler). Die Berliner Bezirke weisen allerdings erhebliche Unterschiede in den Wahlresultaten auf. In Bezirken, in denen die sozialen Probleme nicht so stark sind haben die traditionellen Parteien noch über 80% der Stimmen erhalten. Hier lag auch die Wahlbeteiligung bei weit über 80%, während in Bezirken mit großen sozialen Problemen und politischen Spannungen, z.B. Kreuzberg, diese Parteien nur 63,5% erhielten und die Wahlbeteiligung bei 71% lag.

Das Wählerpotential der Republikaner

Die Reps haben überdurchschnittliche Erfolge errungen in Wahlkreisen mit geringerm Bidungsstand, niedrigen Mieten und in den Trabantenstädten. In der Arbeiterschaft gelangen ihnen Einbrüche bei Gelegenheitsarbeitern, Hilfsarbeitern, Angelernten, bei vielen denen der kapitalistische Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und Wohnungen nur noch wenig oder gar keine Chancen mehr einräumt.

In der Berliner Bauindustrie wird dieser Konkurrenzkampf besonders deutlich. Das Anheuern von Arbeitskolonnen aus der DDR, die Versuche mit Hilfe von ausländischen Arbeitskräften und Schwarzarbeitern die bestehenden Löhne abzubauen und Arbeitsbedingungen zu unterlaufen hat zu der wachsenden Ausländerfeindlichkeit beigetragen. Der letzte Gewerkschaftstag der 'IG Bau Steine Erden' mußte sich mit rassistischen und ultrarechten Strömungen in einzelnen Bezirken der Gewerkschaft befassen.

Wo die Erfahrungen von Solidarität und vom gemeinsamen Handeln gegen die Kapitalisten fehlen, schlagen die sozialen Probleme um, in die Suche nach einfachen Lösungen - in den Kampf untereinander auf Kosten der schwächeren, ausländischen KollegInnen.

Stimmengewinne konnten die Reps auch unter Arbeiterjugendlichen (Auszubildende, junge Facharbeiter/innen) verbuchen. Sie mußten die Schwierigkeiten der Suche nach einem Ausbildungsplatz und danach nach einem Job am eigenen Leibe erfahren. Hinzu kommt die Unmöglichkeit, das Elternhaus zu verlassen, weil sie keine Wohnungen finden können. Zu den bestehenden Organisationen der Arbeiter/innen (SPD, Gewerkschaften) haben sie keine Bindung. In den Neubauvierteln sind diese Organisationen nicht präsent, die radikale Linke schmort vornehmlich im eigenen Saft. Von ihren Eltern bekommen diese Jugendlichen kein Wissen vermittelt, mit dem sie sich die Verhältnisse vom Klassenstandpunkt aus erklären könnten.



Große Sympathie und Unterstützung erhielten die Reps bei der Berliner Polizei. Ganze Einheiten der Bullen haben geschlossen die Rassisten gewählt und ihre Wahlerfolge gefeiert. Aber auch in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes konnten die Reps Erfolge erzielen. So kamen sie in Zehlendorf nicht über fünf Prozent, erhielten aber in der 'Postsiedlung' (Bewohner sind häufig Angestellte und Beamte von Post, BVG-öffentlicher Nahverkehr- etc.) fast 20% der Stimmen. Mit ihrer Stimmabgabe für die Reps bauen sie auf den starken Staat, der mit repressiven Mitteln und Methoden die sozialen Auseinandersetzungen lösen und vor allem verhindern soll, daß sie selbst in den Strudel des sozialen Abstiegs und der politischen Auseinandersetzung gezogen werden. Vor allem die wachsende Zahl der Aussiedler, die Diskussion über Wohnungs--bauprogramme und Eingliederungsmaßnahmen für die 'Volksdeutschen' haben in den letzten Wochen. zum Stimmungsumschwung weg von der CDU hin zu den Reps geführt. Dahinter steckt die Befürchtung, daß dies alles zu ihren Lasten geht.

Zu den Stimmen aus dem Lager der Arbeiterschaft kommt noch die wachsende Sympathie im Kleinbürgertum für Schönhuber und seine Truppe. Vor allem kleine Handwerker, Kiosk-, Laden- und Kneipenbesitzer sehen sich einem wachsenden Konkurrenzkampf ausgesetzt. Sie sehen die Ursachen dafür nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern machen die Leute, die sich gegen diese Verhältnisse zur Wehr setzen verantwortlich: Die Gewerkschaften, "die mit ihren Lohnforderungen und der Arbeitszeitverkürzung die Wirtschaft in den Ruin treiben" ("welcher kleine Kaufmann kann sich schon eine 35-Stunden Woche gönnen"), die "Chaoten", die Fensterscheiben einwerfen und damit das Geschäft stören.
Für diese Kleinbürger hat die CDU/FDP-Regierung in Bonn und Berlin versagt. Sie haben in ihren Augen weder den Gewerkschaften Fesseln anlegen können, noch sind sie den "Randalierern" entschlossen genug entgegengetreten.

Der Aufstieg faschistischer/rechtsextremer Parteien

Bei den Landtagswahlen in Bayern '86 erhielten die frischgegründeten 'Republikaner' 3% der Stimmen. Vor allem Teile des Kleinbürgertums und der Bauern, die Leidtragenden der EG-Landwirtschaftspolitik, mußten feststellen, daß die CSU ihre Interessen in Brüssel nicht mehr durchsetzen konnte und wendeten sich den Faschisten zu. In Bremen setzte sich der Trend mit der Wahl der **'DVU-Liste D'** fort. Wachsende soziale Probleme und Verelendung schlugen sich nieder in verstärktem Rassismus, in der Hoffnung, durch Abschiebung von Ausländern und der Abschottung der

Grenzen eine ungeliebte Konkurrenz loszuwerden. Die angeblich freiwerdenden Mittel sollten der westdeutschen Bevölkerung zugute kommen. Die selben Entwicklungen sind in ganz Westeuropa, besonders in Frankreich, zu beobachten.

Das ist die Frucht einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die Politik des Ellenbogens, die Bereicherung des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit und das Recht des Stärkeren bestimmend ist. Sie können als Einzige einen scheinbaren Ausweg aus der Krise und den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft weisen.

Das sind die gleichen Mechanismen, die in der Weimarer Republik zum Aufstieg der 'NSdAP' geführt haben. Damals wurden erster Linie die Juden und KommunistInnen für den wirtschaftlichen Abstieg und soziale Misere verantwortlich gemacht-heute wird das in erster Linie den Linken und AusländerInnen in die Schuhe geschoben.

Diese Ängste und Stimmungen haben die Republikaner in alter Manier in ihrem Wahlspot aufgegriffen und für sich nutzen können.

Wahlkampf als Verdummung

Sowie die Parteien in den letzten Jahren Politik betrieben, so führten sie ihren Wahlkampf. Die CDU verzichtete auf jede inhaltliche Aussage und stellte ihren Diepgen heraus: "Ihn braucht Berlin", um wenige Tage vor dem Wahltermin zur entscheidenden Schlacht anzutreten "Ihn will Berlin". Die FDP stellte ihre Vorzüge heraus, wobei an erster Stelle zu nennen wäre, daß sie bisher zum Regieren gebraucht wurden. Die SPD baute auf Harmonie: "Berlin ist Freiheit" über dem Bild der Punkerin und des Bullen, die sich Pommes teilen. Pom Fritz mögen außerdem alle, bis auf die Alternativen, die wiederum Momper bis vor kurzem nicht mochten. Die AL stellte die Korruptionsaffären des Berliner Senats noch einmal heraus und warb mit ihren Programmpunkten für eine ökologisch orientierte Stadtpolitik. Große Begeisterung konnte aber auch sie unter ihren MitgliederInnen und Wählern nicht hervorrufen.

So waren es die Reps, die konkret auf die tagtäglichen Probleme großer Bevölkerungsteile eingingen, um darauf ihr rassistisches Süppchen zu kochen. Durch ihr Auftreten trugen sie zu einer Politisierung und Polarisierung des Wahlkampfes bei, der ansonsten von Desinteresse und Ablehnung des Parteienrummels geprägt war.

Nach den Wahlen: Wie gehts weiter?

In den Unionsparteien hat die Wahlniederlage in erster Linie den rechten Flügel gestärkt. Lummer ist der Mann der Stunde, während die Sterne der liberalen Aushängeschilder der CDU verblassen.

Auf der anderen Seite besteht eine parlamentarische Mehrheit für die SPD und AL. Bis zum Wahlabend lehnte SPD-Chef Momper noch eine Koalition mit den ALern ab - wohl wissend um die Schwierigkeiten, die den Sozialdemokraten damit ins Haus stehen. Inzwischen laufen die Mitglieder, Anhänger und WählerInnen der SPD Sturm gegen eine große Koalition. Sie fordern lautstark ein rot-grünes Bündnis.

Bei der AL sind die gegensätzlichen Fraktionen zusammengerückt. So dicht vor der Macht vollzieht sich in Westberlin, was die hessischen Grünen vor einigen Jahren durchmachten, den Wechsel zum realpolitischen Flügel. Die Kandidaten für Pöstchen und Regierungssessel warten schon darauf in das gemachte Bett mit den sozialdemokratischen "Genossen" zu steigen.

Viele WählerInnen, Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, ausländische Organisationen setzen in ein rot-grünes Bündnis Erwartungen:
- Die Mietpreisbindung soll wieder eingeführt werden
- Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll mit einem ökologisch orientierten Arbeitsbeschaffungsprogramm begonnen werden
- Der Verfassungsschutz soll kontrolliert und die Polizei abgerüstet werden
- Ein kommunales Ausländerwahlrecht soll eingeführt werden

Bei näherer und ruhiger Betrachtung ist eine Euphorie nicht angebracht. Die Möglichkeiten eines Westberliner Senats sind eng begrenzt. Weder kann er die Gesundheitsreform noch das Mietengesetz ohne Zustimmung aus Bonn rückgängig machen. Finanziell bleibt auch der neue Senat von den Bundeszuschüssen abhängig, die in den letzten Jahren schon gekürzt wurden. Die unbedingte Treue zur Einheit mit dem Bund ist eine der Vorbedingungen der SPD für eine Koalition mit der AL. Falls dieses Prinzip auf-ge-geben wird werden die westlichen Alliierten sich nicht scheuen zu intervenieren.

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Industrie-, Bau- und Bodenspekulanten, deren Befriedigung bei der SPD immer vor den Interessen ihrer Wählerschaft standen. Das hat die Berliner Geschichte in den 70er Jahren hinreichend bewiesen.

Es ist also nicht damit getan, sich jetzt in Demonstrationen oder sonstigen Willenskundgebungen für ein rot-grünes Bündnis einzusetzen und ein Verbot der Reps zu fordern. Ein zukünftiger Senat, egal wie er aussieht, wird nichts entscheidendes an den bestehenden Machtverhältnissen verändern können. Die faschistische Gefahr wird nicht dadurch gebannt, daß wir uns in die Sessel zurücklehnen und den Senat machen lassen. Wir müssen uns klar vor Augen halten, daß der Nährboden für die faschistische Gefahr von dem kapitalistischen System bereitet wird und nur durch Eigeninitiative von Unten bekämpft werden kann. Es liegt an uns, uns weiterhin an Schulen, Unis, in den Betrieben, Stadtteilen und auf der Straße für unsere Interessen und Forderungen aktiv einsetzen.



Was sind die zukünftigen Aufgaben der antifaschistischen Bewegung?

1. Die Erkenntnis, daß Antifaschismus und Antirassismus zusammen gehören, hat durch das Wahlresultat seine eindrückliche Bestätigung erfahren.
Vor dem immer größer werdenden rassistischen Potential, insbesondere unter deutschen Arbeiterjugendlichen, haben wir schon lange gewarnt. Dennoch ist es uns in der breiten Kampagne gegen die Reps nicht gelungen über die Parole "Nazis raus" hinauszukommen. Das heißt es konnte in Teilen der Öffentlichkeit vermittelt werden, daß die 'Republikaner' von Faschisten durchsetzt sind. Das hat zweifellos zu den massenhaften spontanen Protesten nach der Wahl beigetragen. Auch setzte sich zunächst in einigen Medien die Bezeichnung der Reps als "rechtsradikal" durch.
Dies ist aber nicht allein von einer antifaschistischen Bewegung zu leisten, das muß Aufgabe der gesamten Linken werden. Es ist die zentrale Konsequenz, die aus diesem Wahlergebnis gezogen werden muß.
Die Inhalte in der Mobilisierung zu dem 50.Jahrestages der 'Reichspogromnacht' am 9.November 1988 sind weiterhin aktuell: Der Nazifaschismus war die Frucht kapitalistischer Verhältnisse. Sie sind der Boden, auf dem sich diese Ideen ausbreiten können, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse dazu herangereift sind. Ein radikaler Antifaschismus, das Übel an der Wurzel packen, kann demzufolge **nicht nur** militanter Widerstand oder Protest gegen die Neonazis sein. Er muß sich als Teil einer antikapitalistischen Bewegung begreifen.



Doch die antirassistische Argumentation ist zu kurz gekommen. Insbesondere ist es uns nicht gelungen zu den Schichten, die die Reps gewählt haben-mehrheitlich Menschen aus der Arbeiterklasse-durchzudringen.

So gesehen hat das Wahlergebnis die Grenzen einer antifaschistischen Bewegung aufgezeigt.Wenn es uns in Zukunft nicht gelingt in Arbeitervierteln und Betrieben präsent zu sein, und soziale Forderungen/Kämpfe mit antirassistischer Politik konkret zu verbinden, ist diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten.

Das heißt wir müssen in unserer Arbeit auch die konkreten sozialen Probleme aufgreifen, für die die Faschisten vermeintliche "Lösungen" anbieten. Andererseits wird es immer wichtiger, daß sich die gesamte Linke der Aufgabe einer antirassistischen Politik stellt. Nicht das jetzt alle Antifa-Arbeit machen sollten. Erfolgversprechender wäre es antifaschistische / antirassistische Inhalte in die Arbeit z.B einer Mieten/Stadtteilinitiative etc. miteinzubeziehen. Also praktisch zu verdeutlichen, wer z.B. die Verantwortung für diese Wohnungspolitik trägt, und wie das gemeinsam mit ausländischen Nachbarn zu verändern ist.
Entsprechend geht es jetzt um Aktivitäten in den Betrieben und Gewerkschaften. Wenn DGB-Chef Pagels jetzt hastig die Forderung nach dem Verbot der Reps aufstellt, kann das doch nicht darüber wegtäuschen, daß die Gewerkschaften bislang dem Problem des Rassismus in den Betrieben wirklich nichts entgegensetzen. Besser gesagt noch nicht einmal zur Kenntnis nahmen. Im Gegenteil. Wie oft wurden Arbeitslose verprellt, oder rassistische und sozialpartnerschaftliche Betriebsräte hofiert?

Die 'Ran-Kampagne - Mach meinen Kumpel nicht an' verstaubt seit Jahren auf dem Schreibtisch des Berliner DGB-Jugendsekretärs. Erfreulicherweise sind Viele jetzt aufgewacht. Die Beiteiligung vieler Gewerkschafter/innen an der ICC-Demonstration und den Demos nach der Wahl läßt hoffen. Doch der Knackpunkt liegt in dem vorherrschenden Rassismus in den Betrieben. Der wird sich sicherlich nur in gemeinsamen Aktionen und Streiks, also in der Praxis für soziale Forderungen, auflösen. Doch steht der Rassismus als Spaltungsinstrument gemeinsamen Kämpfen im Wege. Die verbreitete Dummheit vieler Kollegen (Meinungen wie es gibt schon eine Million Ausländer in Westberlin" sind keine Seltenheit) ist die Grundlage ihrer rassistischen Manipulation. Das heißt es muß auch hier darum gehen antifaschistische/ antirassistische Aufklärung zum festen Bestandteil betrieblicher Aktivitäten zu machen.

2. Das Wahlresultat wird Faschisten sowie Rassisten stärken und zu ver-schärften Übergriffen führen. Das heißt der antifaschistische Selbstschutz und die Solidarität bei Übergriffen müssen stadtteilmässig besser organisiert werden und die gesamte Linke mit einbezogen werden.

3. Die wachsende Ausländerfeindlichkeit wird bei den türkischen Menschen die Flucht in Nationalismus und islamischen Fundamentalismus verstärken. Die erste Reaktion

der 'türkischen Gemeinde' auf den Wahlspot der Reps war: "Der türkische Nationalstolz ist verletzt".

Das bedeutet für uns engere Kontakte zu fortschrittlichen Organisation aus der Türkei zu halten, denn nur sie wären in der Lage dieser Entwicklung, die gemeinsame Aktivitäten von Deutschen und Ausländern gegen Faschismus und Rassismus erschweren würde, entgegenzusteuern.

4. Das Wahlergenis wird die rassistischen Kräfte in der CDU stärken. Sie werden eine verschärfte Ausländer- und Abschiebepolitik betreiben. Hier ist konkrete Solidarität notwendig.

Gegen die hilflosen Forderungen nach einem 'Verbot der Reps' setzen wir unsere Forderung nach **'Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Verbände und Organisationen'**. Das heißt eine politische Auseinandersetzung mit den Menschen aus der Arbeiterklasse, die zwar Reps gewählt haben, aber keine Nazis sind zu führen, um den Reps das soziale Umfeld zu entziehen. Mit einem Verbot wären die Reps zwar von der Bildfläche verschwunden, doch was nützt es, wenn der Rassismus als Spaltungsinstrument weiter in der Stärke vorhanden wäre und die Leute CDU wählen würden. Weiterhin gilt es den Kampf gegen öffentliches Auftreten und Existenz der Naziparteien fortzuführen mit dem Ziel, daß ihnen die Mittel ihrer Hetzpropaganda und ihres Terrors genommen werden.

'BDI'-ler als 'Republikaner' in die Rathäuser

Die Führungsriege der ehemaligen **'Bürgerinitiative Demokratie und Identität'** (BDI), hält Einzug in die westberliner Rathäuser. Der faschistische Charakter dieser *'deutchen Bürgerinitiative'* wurde im Januar '87 in einer von autonomen AntifaschistInnen erstellten Dokumentation ("BDI - Faschisten hinter demokratischer Fassade!") aufgezeigt. Mit rassistischer Propaganda und hinter der 'demokratischen Fassade' der 1980 gegründeten 'BDI', starteten verschiedene westberliner Nazigruppen 1986 ihren Feldzug gegen AusländerInnen und Flüchtlinge. Sie stützten sich dabei auf die Hetzkampagnen in gewissen Medien, in denen von *"Asylantenflut"* usw. die Rede war, die so eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung vorheitzten. Propagandistischer Aufmacher eines 'BDI-Flugblatts': *"Nur noch 365 Tage - dann haben alle Türken freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt"*.



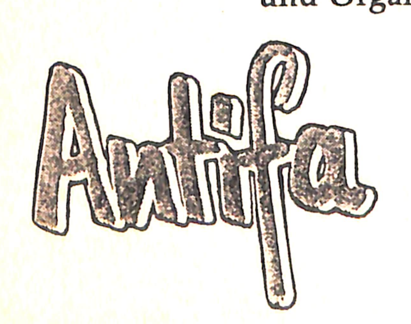
Jetzt sitzen sie wie der frühere 'BDI'-Vorsitzende **Werner Deutsch** mit der neuen Fassade **'Republikaner'** an den Parlamentstischen. Deutsch kandidierte auf Listenplatz 1 im Wahlkreis Reinickendorf. Dort wurden die 'Rep' mit 12.746 Stimmen gewählt und gewannen 4 Mandate.

'BDI'-ler und Lummer Freund **Fritz Barsch** wird in der Bezirksverordneten Versammlung (BVV) von Steglitz als 'Republikaner' vertreten sein. Er stand auf Listenplatz 2. In Steglitz stimmten 7.865 WählerInnen für die faschistischen 'Rep' die hier 3 Mandate gewinnen konnten.

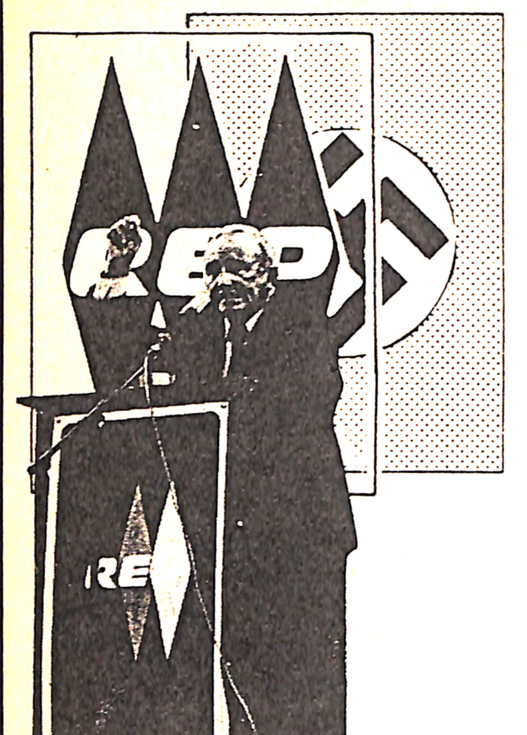
Paul Josef Göhler wird in der Kreuzberger BVV einen Platz für die 'Rep' besetzen. Er trat u.a. als der presserechtlich Verantwortliche unter den Hetzflugblättern der **'Deutschen Jugendinitiative'** (DJI) auf. Die 'DJI' war Bestandteil der 'BDI', existiert noch immer und setzt sich vor allem aus militanten Mitgliedern der **FAP** und der **NF** zusammen. Göhler stand auf Platz 2 der Liste in Kreuzberg, wo 4.339 Stimmen für die 'Rep' zusammen kamen (3 Mandate).

In Wilmersdorf stand der **'BDI'-ler Günter Reich** auf dem Rep-Listenplatz 3. Sein Mandat scheiterte nur knapp. Reich kam aus der rechtsextremen 'Demokratischen Allianz' (DA) zu den 'Republikanern'. Die 'DA' kandidierte 1985 als 'Demokratische Alternative' für die Abgeordnetenhauswahlen. Damals erreichten sie 1,3 % der Stimmen. Jetzt sind die meisten 'DA'-WählerInnen zu den Rep-WählerInnen übergelaufen. In Wilmersdorf erhielten die 'Rep' 5.023 Stimmen und 2 Mandate.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!
Für eine kämpfende antifaschistische Bewegung!
Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Parteien und Organisationen!







"DIE REPUBLIKANER"

Die Westberliner "Republikaner" bekennen Farbe! Sogar die SPD fühlt sich aus dem Schlaf gerissen, ist empört, verurteilt auf's Schärfste und fordert jetzt ein Verbot der faschistischen Partei "Die Republikaner" (Rep). Die bürgerlichen Medien und Teile der Öffentlichkeit sehen "das Ansehen Berlins" gefährdet. Als es im Dezember '88 um die Zulassung der Parteien zur Abgeordnetenhauswahl ging, scherten sich die bürgerlichen Parteien einen Dreck um den rechtsradikalen Inhalt "republikanischer" Politik. Die Rep wurde in allen Bezirken zur Wahl zugelassen, ihr damit "Verfassungstreue" und "demokratisches" Bestreben bescheinigt. Zwei übelste neofaschistische Machenschaften sind der Grund für daß plötzliche Aufheulen der etablierten Parteien im Wahlkampf: Erstens der Wahlkampfspott der Rep, der am 2. Januar vom SFB-Fernsehen ausgstrahlt wurde und Zweitens die Schändung der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus durch militante Neonazis in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar (siehe Kasten im Artikel über das "Kommitee Adolf Hitler").

Im Antifa - Info Nr.4 - Sept. / Okt.'88, brachten wir einen ausführlichen Hintergrundartikel zu den Rep. Mit dem ersten Teil dieses Artikels (noch vor den Westberliner Wahlen geschrieben) möchten wir daran anschließen und den Stand der Dinge aktualisieren, was auch mit ein bißchen Selbstkritik in Sachen Verhinderung der "Kandidatur" der Rep verbunden sein wird. Im zweiten (westberliner) Teil gehen wie auf den Rep - Wahlkampf und die Aktionen dagegen ein.

Europas Faschisten rüsten für die Wahlen zum Europaparlament am 18. Juni '89. In allen europäischen Staaten blasen die rechtskonservativen, nationalen und faschistischen Parteien zum Sammeln. Die Hoffnung zum Durchbruch auf europäischer Parlamentsebene, wie ihn die "Front National" (FN) aus Frankreich vor fünf Jahren geschafft hat, ruft die Rechten zu einer Einheit auf. Sie versprechen sich von den Wahlergebnissen eine Signalwirkung für die 'Neue Rechte' in ihren jeweiligen Staaten.

In der BRD bestehen diese Sammlungsbewegungen in erster Linie aus dem Bündnis zwischen der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) und der "Deutschen Volksunion" (DVU) mit ihrer "Liste- D" und aus der Partei "Die Republikaner" unter der Führung von Ex- SS- Mann Franz Schönhuber.

Während die Rep sich bereits auf ihren Führer geeinigt hatte, lag bei der Liste- D noch ein großes Fragezeichen in der Luft. Es sollte das Überraschungsei werden. Auf ihrem Bundesparteitag vom 26. November '88 hielt sie den 1. Listenplatz für eine "bekannte Persöhnlichkeit" frei, die das gesamte rechte Lager integrieren soll (es durfte gelummert-äääh hh....... spekuliert werden). Das Ei wollte wohl noch nicht, so einigte sie sich doch auf den Platz 1 für **Gerhard Frey**, Platz 2 für "einen der erfolgreichsten Jagdflieger" des 2. Weltkriegs Namens **Wilhelm Crinius** und Platz 3 für den NPD Vorsitzenden **Martin Mußgnug**. Mit der Liste- D, die wohl die meisten Chancen für einen Einzug ins Europaparlament hätte, wollen wir uns im Info Nr. 7 genauer beschäftigen.

Die Rep stellte ihre Kandidatenliste auf dem Europaparteitag in Dinkelsbühl Anfang Dezember '88 zusammen. Erster Mann ist wie immer **Franz SSchönhuber**. Listenplatz 2 wurde dem Rep-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg **Peter Köhler** zugeteilt. Der bayrische Landesvorsitzende **Harald Neubauer** übernimmt Platz 3. Insgesamt sind 10 Kandidaten aufgestellt, die zu zwei Dritteln aus Süddeutschland kommen. In Süddeutschland liegen die kleinen "republikanischen" Hochburgen. Allein in Bayern leben über die Hälfte der (laut Schönhuber) 7.8oo Rep-Mitglieder.


Bernhard Andres

In Bayern hat sich die faschistische Rep mittlerweile zu einer Bierzeltpartei hochgearbeitet. Nach dem F.J. Strauß endlich das Zeitliche gesegnet hat, steigt die Zahl der Besucher von Rep-Veranstaltungen. Hier hält Schönhuber vor mitgröhlenden Zuhörern seine Hetzreden gegen alles Nichtdeutsche. Wie das französische Gegenüber, FN- Führer **Le Pen**, nimmt er jetzt für seine publikumswirksamen Auftritte ein Eintrittsgeld, um die Parteikasse aufzubessern. Bei den

bayrischen Landtagswahlen vor drei Jahren kam die Rep auf rund 342.ooo Stimmen (3%). Für die Europawahl ist mit einem erheblichem Stimmenzuwachs zu rechnen, für die bayrischen Landtagswahlen 1990 ist ein Einzug der Rep in den Landtag zu befürchten.

Die Führungsrolle - für wen?

Die Rep erheben wie alle rechtsradikalen Parteien den Anspruch die einzig wahre Partei für die "nationale Sammlung" zu sein. Daraus ergeben sich natürlich diverse Anfeindungen und Streitereien um die Führungsrolle im "Rechten Lager". Zwischen NPD und DVU ist dieser alte Streit so gut wie beigelegt. Ergebnis ist das Bündnis, daß sich mit der **Liste-D** Erfolge, wie den Einzug in die Bremer Bürgerschaft, zuschreiben kann. Mit den Republikanern existiert zwar seit fünf Jahren ein neuer "Konkurent", aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politischen Inhalte sich schnell zu einem einheitlichen Programm zusammenfassen lassen können.

Politisch stehen diese Anfeindungen nicht so sehr im Vordergrund. Es scheint sich dabei eher um Feindschaften aus persönlichen Gründen zu handeln, die sich aus dem Streit um den "Führer" der Bewegung entwikkelt haben. In der Rep-Parteizeitung **"Der Republikaner"**, die übrigens (wegen interner Streitigkeiten) nicht mehr im "res publikca - Vertrieb und Verlag GmbH" sondern in der neugegründeten **"RVG Verlags- und Vertriebs GmbH i.G."** erscheint, wird z.B. so über den DVU-Chef Gerhard Frey gehetzt, als sei er der Erbfeind Schönhubers. Auch in seinen Reden läßt SS-huber kein gutes Haar an Frey, der ihm die NPD praktisch vor der Nase weggeschnappt hat. Geschäftsführer des RVG-Verlags ist Rep-**Harald Neubauer**, der 1969 der NPD beitrat (bis '80 Mitglied) und von 1974 bis '84 als Redakteur im DSV-Verlag von DVU-Chef Gerhard Frey arbeitete.

Programmatisch ist die Einheit der drei faschistischen Parteien fast schon so gut wie hergestellt. Die Programme der Rep und der Liste-D zur Europawahl lesen sich als hätten sie sich beim schreiben gegenseitig die Feder geführt. Unterschiedliche Formulierungen können die inhaltliche Gemeinsamkeit nicht verstecken. Die Hauptparole im Europawahlkampf heißt bei den Rep: "Deutschland zuerst". Dagegen will die Liste-D mit "Erst Deutschland - dann Europa" antreten. Die Rep sagt: "Ja zu Europa - Nein zu dieser EG" und die Liste-D will "Ja zu einem Europa ..." und "Nein zu einer EG, in der die Deutschen die Zahlmeister uswblabla... sind" sagen. Aber dies nur um die krassesten Beispiele hervor zu heben.

Bei den Stimmengewinnen, die die rechtsradikalen Parteien in der letzten Zeit zu den verschiedenen Wahlen verzeichnen konnten, ist es durchaus möglich, daß die kommenden Wahlen zum Kristallisationspunkt



für eine zukünftige Einheit der deutschen und europäischen Faschisten werden. Wenn auch der "Führer" heute noch fehlt, so heißt das eben auch nicht, daß er nicht morgen schon kommen kann. Die Rep werden da sicher ein Wort mitreden. Sie binden die **"Braunzone"** aus konservativen und reaktionären Politikern am stärksten ein, weil sie sich nicht ganz so traditionell- nazistisch verkaufen.



'Bierzeltwahlkampf der Rep in Bayern'

Rassismus - Mittel und Zweck

Die Entwicklung der Partei ist nicht rückläufig, im Gegenteil. Überall in der BRD gründen sich neue Bezirks- und Kreisverbände. Die Rep stützen sich bei ihrer braunen Propaganda auf die Unwissenheit in der Bevölkerung und auf die in dieser Gesellschaft latent vorhandenen rassistischen Vorurteile gegen ausländische ArbeitnehmerInnen und Flüchtlinge. Sie versuchen dabei die Unzufriedenheit und Ängste des einzelnen Menschen im kapitalistischen System auszunutzen, um den Haß gegen Minderheiten weiter zu schüren.

Der Rassismus als Instrument, verbindet alle deutschnationalen Kräfte von den Rechtsaußen in den gegenwärtigen Regierungsparteien, bis hin zu den militanten Neonazis. Sie ver-



folgen damit das Prinzip der Spaltung. Das heißt sie zielen auf die - in der Geschichte bewährte - Form vom "Rassenkampf statt Klassenkampf", um die einmal erreichten Machtpositionen für sich zu sichern.

Neonazis in die Parlamente?

Auf der Ebene von Wahlen füllen die Rep die noch bestehenden Lücken aus, die zwischen konservativen und traditionell nazistischen Parteien klaffen. Sie sammeln ihre Stimmen in allen sozialen Schichten dieser Gesellschaft. Die Stimmen können der Rechten nicht verloren gehen und fallen in keinem Fall der Linken oder gar den antikapitalistischen Kräften zu.

Die **'Neue Rechte'** sucht ihre Chance im parlamentarischen System. Steine werden ihr dabei nicht gerade in den Weg gelegt. Die Tatsache, daß die Rep zu Wahlen zugelassen werden, soll sie nicht nur als ("Verfassungs-") konform erscheinen lassen. Es macht sie zu potentiellen Koalitionspartnern: **ein** Weg Rassismus und neofaschistische Ideologie zum Bestandteil einer bürgerlichen Demokratie zu machen. **Ein** Weg zur Beschleunigung der schleichenden Faschisierung.

In Gesprächen zwischen Rep- und CDU-Vertretern werden die "weitgehenden Übereinstimmungen" in Fragen der Asyl-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik festgestellt. Bei den zwei Zusammentreffen mit Schönhuber wird **Heinrich Lummer** (CDU) ihm wohl kaum 2000 Mark in die Hand gedrückt haben. Damit hatte Lummer 1972 die Westberliner NPD für den schmutzigen Part im Wahlkampf - für die CDU, gegen die SPD - angeworben.

Neues von den "Jungen Republikanern"

In dem Artikel über die Rep in der Nr. 4 unseres Infos hatten wir an einigen Namen und Fakten die Verbindungen und die Zusammenarbeit der Republikaner mit anderen faschistischen Organisationen und militanten Neonazis dargestellt. Trotz der offiziellen Distanzierungen von Faschisten, wie sie die Rarteiführung ständig verbreitet, bleibt die Zusammenarbeit natürlich bestehen.

Die **"Jungen Republikaner"** (JRep) sind von dem Distanzgefasel anscheinend nicht besonders betroffen. Sie gehen offensiv die Eingliederung neonazistischer Gruppen in die Partei an. Die JRep gründete sich am 30. Mai '87 (nicht wie in Nr. 4 berichtet am 25.2.'88) und ließen sich Anfang Dezember '88 in das Münchener Vereinsregister eingetragen. In München soll am 16. Februar , ein Prozeß vor dem Landgericht darüber entscheiden, ob die "Jungen Republikaner e.V." sich weiterhin als die Jugendorganisation der Rep bezeichnen darf. Angeblich will Schönhuber keine Jugendorganisation - oder zumindest nicht diese. Am 2. September '88 hat sich dann innerhalb des Rep-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ein **"Landesarbeitskreis Junge Republikaner"** gegründet, der an der "Bewußtseinsbildung innerhalb der Jugend" arbeiten und mit allen aufgeschlossenen Personen und Organisationen in Dialog treten will. In einer "Leverkusener Erklärung" veröffentlichten sie ihr politisches Selbstverständnis und erklären ihr Ziel in der Etablierung einer selbständigen Jugendorganisation der Rep,wobei sie unter allen Umständen das Einvernehmen mit der Parteiführung aufrechterhalten wollen.

In einer "Programmatischen Plattform des Arbeitskreises JRep" eröffnen sie eine "Diskussionsgrundlage", die sie als einen Beitrag für die "Herausbildung eines soliden Ideologischen Fundaments für eine republikanische Bewegung in Deutschland" verstehen. Dieses Papier strotzt vor "nationalrevolutionären" Inhalten.

Der Arbeitskreis JRep propagiert eine bei der **'Neuen Rechten'** beliebt gewordene Formel, die sie als den "Dritten Weg jenseits von Kommunismus und Kapitalismus" bezeichnen. Hinter dem Arbeitskreis JRep in NRW und ihrer programmatischen Plattform steht u. a. der Neonazi **Marcus Bauer** aus Bochum. Bauer bezeichnet sich selbst als "Nationalrevolutionär" (Naro) und war schon in den verschiedensten Organisationen aus dem braunen Spektrum aktiv. Bis vor kurzem wurde unter seiner Adresse die Naro-Zeitschrift **"Aufbruch"** vertrieben. Der Herausgeber des "Aufbruch" ist eine Organisation die sich **"Politische Offensive"** (PO) nennt.

In PO hatte sich im Mai '87 der **"National Revolutionäre Koordinations Ausschuß (NRKA)"** (siehe dazu auch den Artikel über "Nationalrevolutionäre") umbenannt, wo es zur Spaltung kam, nachdem NRKA/PO Mitglied Bauer mit einigen anderen Kameraden ausschließlich die Zusammenarbeit mit anderen bestehenden faschistischen Organisationen forderte. Diese Linie zum Sammeln der neofaschistischen Kräfte in einer

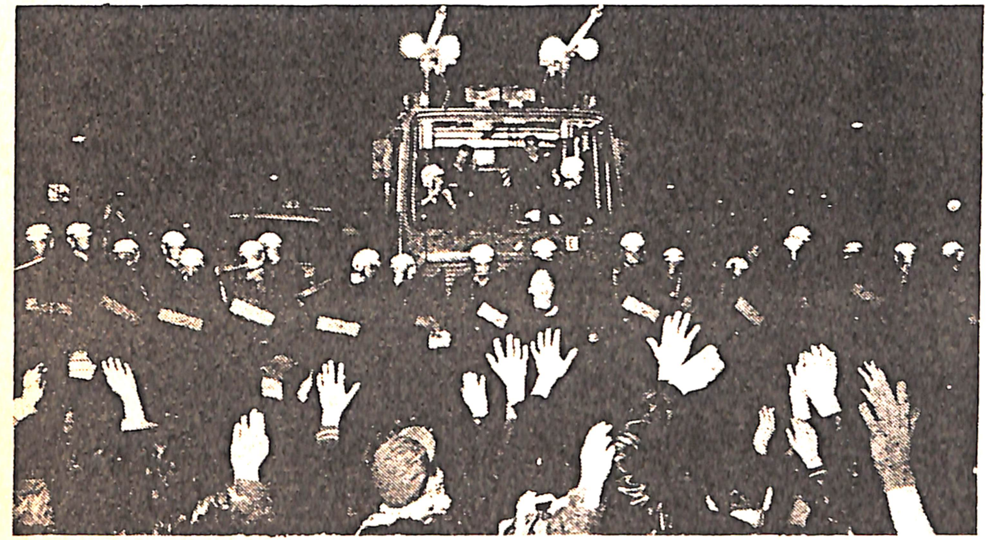
Organisation will Marcus Bauer jetzt mit seiner Funktion als Leiter des "Arbeitskreises JRep" bei den Republikanern verwirklicht wissen.

Rep- Kandidatur verhindern?

In Westberlin hatte sich das Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus die Verhinderung der Kandidatur der Republikaner zu einem Hauptziel seiner antifaschistischen Arbeit gemacht. Die offensive Parole "Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Verbände und Organisationen" stand und steht hier zwar im Vordergrund, ist aber in der Praxis mehr dem Ruf "Keine Kandidatur der Republikaner" gewichen. Die Stärke des Bündnis liegt auf der Straße. Hier kann Druck und Öffentlichkeit von Unten hergestellt werden. Von der Störung bis zur Verhinderung verschiedener Veranstaltungen der Rep und anderen faschistischen Organisationen profitiert diese Stärke.

Jetzt müssen wir natürlich erkennen, daß diese Stärke allein nicht ausgereicht hat. Die Kräfteverhältnisse sind eben nicht zu unseren Gunsten verteilt. Ein antifaschistisches Bewußtsein bei den Menschen, die mit uns dieses Verhältnis kippen könnten, ist nur wenig bis gar nicht entwickelt.

Es bleibt die Feststellung, daß wir trotz Druck und Öffentlichkeitsarbeit nicht den geringsten Einfluß auf irgendwelche Entscheidungsgremien ausüben können. Einmal, weil wir noch zu wenige sind, und zum zweiten weil wir uns schwer damit tun unsere antifaschistischen und antirassistischen Inhalte in alle gesellschaftlichen Bereiche zu tragen. Die Vermittlung von antifaschistischem Bewußtsein führt bestimmt nicht über ein Wahlzulassungsgremium, in dem keine AntifaschistInnen sitzen und das neben den Rep auch noch militante Faschisten zur Kandidatur zulässt.



Anti-Rep Demo 18.1.89

Das Anti-Rep-Komitee

Im Oktober 1988 bildete sich das Anti-REP-Komitee, um die Arbeit gegen die 'Republikaner' zu koordinieren. Das Komitee setzt sich zusammen aus Mitgliedern verschiedener Antifagruppen und sammelte vor allem die Informationen, die über diese Partei zu bekommen waren. In Flugblättern, dem Antifa-Jugendinfo sowie einer Presse-Erklärung informierte das Anti-REP-Komitee uber den faschistischen und rassistischen Charakter der 'Republikaner'. Mehrere Zeitungen wurden mit Informationen über die REP versorgt, um eine möglichst genaue Hintergrund-Berichterstattung zu erreichen.
Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der Durchführung einer 1-1/2-stündigen Info- und Diskussionsveranstaltung, die mehrmals bei Interessierten Gruppen vorgeführt wurde.
Das Anti-REP-Komitee wird in Zukunft weiterexistieren, um Informationen zu sammeln und an Interessierte weiterzugeben.

Kontakt:
Buchhandlung, Oranienstr. 21, 1000 Berlin 36

Auflösung und Zerschlagung

Es liegt nicht in unserem Ermessen, Forderungen bei denen durchzusetzen, die ein politisches Interesse an einer verschärften Entwicklung nach Rechts haben. Reaktionäre Politik und staatlicher Rassismus fördern die Bereitschaft zum nationalistischen und rassistischen Denken und Handeln. Eine sich ausbreitende rechte Stimmung und der damit wiedergeborene Rassismus innerhalb der westdeutschen Bevölkerung, ist das extreme Spiegelbild der Politik der herrschenden Klasse.

In unseren aktuellen antifaschistischen Kämpfen gehören die Rep zu den faschistischen Gruppen, die wir politisch und praktisch bekämpfen müssen. Das soll heißen, daß wir ihnen keinen Raum lassen dürfen und ihre propagandistischen Auftritte verhindern ("Keinen Fußbreit den alten und neuen Nazis"). Wenn wir aber konsequent gegen Faschismus kämpfen wollen, müssen wir auch seine Ursachen angreifen. Letztendlich führt die **Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Verbände und Organisationen** nur über die Zerschlagung des bürgerlich-kapitalistischen Staates.

"DIE REPUBLIKANER" - FASCHISTEN ZUR WAHL

Bisher war es in Westberlin so, daß die alliierte Komandantur - die eigentlichen "Regierenden" dieser Stadt - den Daumen auf das öffentliche Auftreten und die Kandidatur von neonazistischen Parteien zu den Abgeordnetenhauswahlen hielten. Zumindest bei der NPD halten sie noch fest an ihren Anordnungen, die die Partei mit einem Verbot für jegliche Auftritte in der Öffentlichkeit und ihr damit auch eine Kandidatur bei den Wahlen verbieten. Verbot hin, Verbot her, dies betraf und betrifft eben nur die NPD und wird in der Praxis oft nichteinmal eingehalten. NPD-Versammlungen werden nicht selten von den Bullen geschützt anstatt aufgelöst. Gegen den Landesverband der DVU, der am 26. Juni '88 im ICC gegründet worden ist, wurde von offizieller Seite genausowenig unternommen wie gegen "Die Republikaner", die ihre Landesverbandsgründung am 5. September '87 durchzogen. Die DVU wird zwar am 29. Januar nicht zu den Wahlen kandidieren, dafür sind aber vier andere rechtsextreme Parteien zum Stimmenfang angetreten. Neben den Rep finden sich die "Demokratische Allianz"(DA), die "Ökologisch Demokratische Partei"(ÖDP) und im Bezirk Wedding die "Freiheitspartei" (FP) (siehe Artikel) auf den Stimmzetteln wieder. Das ganze rechte Wählerpotential - von Rechtskonservative und Reaktionäre, über Grünbraune bis zu den Alt- und militanten Neonazis - wird damit an die Urne gerufen.



Werbeaktion der Reps

"Die Republikaner" können sich und ihre faschistischen Inhalte also auch in Westberlin zum ersten mal zur Wahl stellen. Ganz Chancenlos sehen sie sich nicht. Die NPD hat ihre Mitglieder und Anhänger dazu aufgerufen ihre Stimme den Rep zu geben. Der Landespressesprecher der NPD, Thomas Salomon, begründete diesen Aufruf am 9. 1. '89 u. a. wie folgt: "Der Absicht von Senat und Allierten, nationaldemokratische Zielsetzungen aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen, ist somit (mit der Kandidatur der Rep, anm. Info) erfolgreich entgegengewirkt worden. Der rechtswidrige Wahlausschluß der NPD hat seinen Initiatoren 1989 nichts genutzt".

Anlaß für den Unterstützungsaufruf der NPD war der Wahlkampfspot der Rep, der nach seiner Ausstrahlung im SFB-Fernsehen eine menge Gerede bei den bürgerlichen Parteien, Wut und Protest bei den antifaschistischen Gruppen und Organisationen ausgelöst hatte. Dieser faschistische und rassistische Werbespot (siehe Artikel "NS-Propaganda 1989") bewegte die Ausländerbeauftragte des Senats, Barbara John (CDU) dazu, gegen den Rep-Landesverband Strafantrag wegen des Verdachts der Volksverhetzung zu stellen.

Zur gleichen Zeit läßt Franz Schönhuber die Meldung von seinen beiden Zusammentreffen mit Ex-Innensenator **Heinrich Lummer** veröffentlichen. Die Republikaner werben schon lange bei Lummer für seinen Übertritt in ihre Partei. Lummer riet später zwar öffentlich von einer Stimmabgabe für die Rep ab, sagte aber zu Schönhuber, daß er lieber die Rep im Parlament sähe als die FDP. Genau wie der NPD Vorstand, der die Wahlaussage der Rep insbesondere in den Forderungen zur Ausländerpolitik aus der NPD-Programmatik abgekupfert sieht, erklärte er am 19. 1. im SFB-Radio, daß die Rep ihr Programm bei der CDU abgeschrieben hätten.

Wieviel den Rep an Lummer gelegen ist, unterstreicht auch ein Zitat aus ihren Wahlkampfsendungen über Radio. Der Rep-Landesvorsitzende **Bernhard Andres** scheute sich nicht mit Lummers Namen für seine Partei zu werben: "... Heinrich Lummer wurde in die Wüste geschickt, damit man ungestört die Denkmäler für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Tiergarten einweihen konnte ...".

Die Wahlzulassung

Erst als die Medien am Vormittag des 7. Januar über die Schweinskopfhälften und Hakenkreuzschmierereien an den Gedenkstätten für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und an den Denkmälern für Karl und Rosa berichteten, waren Worte wie "Neonazis" und "Rechtsradikalismus" zu hören. Zum ersten mal taten sich sogar in den "fortschrittlichen" Hirnen von DGB-Funktionären so etwas wie das Bestehen von Zusammenhängen auf: Kandidatur faschistischer Parteien - rassistische Wahlkampfwerbung über Massenmedien - faschistische Aktionen militanter Neonazis. Am 9. Januar forderte auch DGB-Chef Pagels ein Verbot der Partei "Die Republikaner".

Die SPD hatte ein Verbot zwar schon direkt nach der Sendung des Rep-Hetzspots gefordert, aber dahinter steckte nicht mehr als antifaschistisches Posing im Wahlkampf. An-

fang Dezember, als es im Landeswahlausschuß um die Zulassung der Parteien zur Wahl ging, stimmten die Vertreter der SPD praktisch für die Teilnahme der Rep an den Wahlen. Außer im Bezirkswahlausschuß von Kreuzberg wo sich die CDU, SPD und AL gegen die Rep aussprachen, wurden die Rep auf anhieb in allen Bezirken (gegen die Stimmen der AL) zugelassen. Nach dem Protest der Rep gegen die Entscheidung im Keuzberger Wahlausschuß, schaltete sich der Landeswahlausschuß ein und drückte die Kandidatur der Rep auch in Kreuzberg durch.

"Man kann wieder (FASCHISTEN) wählen"

So konnten die 16 Rep-Kandidaten mit 10 Westberliner Kreisverbänden, ca. 300 Mitgliedern und dem Spruch "Man kann wieder wählen" im Rükken als demokratisch - legitimierte Partei in den Wahlkampf ziehen. Ihrer Funktion als Sammelbecken für Konservative, Reaktionäre und Faschisten ist damit gehörig unter die Arme gegriffen worden. In Westberlin, wo die NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP nicht zu Wahlen antreten darf, könnte dadurch der Grundstein für die Etablierung einer faschistischen Partei gelegt worden sein.



Rudolf Kendzia

Faschisten wie z.B. der 50 jährige Rep-Kandidat **Rudolf Kendzia** arbeiten seit Jahren an dem Versuch die extreme Rechte zu einer Einheit aufzubauen. Kendzia, Ende der 60er Jahre Landesvorsitzender der NPD, ist heute im Landesvorstand der Rep und ihr Landesgeschäftsführer. Seit April '88 ist er der Herausgeber der internen Nazi-Zeitung **'Freie Umschau'**. Der Vorsitzende in dem dazugehörigen Verein **'Freie Umschau e. V.'** ist der stellvertretende Vorsitzende der faschistischen **'Wiking Jugend'** (WJ) **Wolfram Nahrath.** Nahrath war der Leiter eines WJ-Lagers in Hetendorf bei Celle, in dem Schulungen und Wehrsportübungen durchgeführt wurden. Der Geschäftsführer des 'Freie Umschau e. V.', **Detlev Rose**, war Mitglied in der 1982 verbotenen **'Deutschen Arbeiter Jugend'** (DAJ) und der faschistischen **'Bürgerinitiative für Demokratie und Identität'** (BDI).



Werner Deutsch

Die 'DAJ' war der westberliner Ableger der in Westdeutschland ebenfalls verbotenen **'Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit'** (VSBD/PdA) des Faschisten **Friedhelm Busse**. Busse ist seit Ende '88 Bundesvorsitzender der **'Freiheitlichen Arbeiter Partei Deutschlands'** (FAP).

Die **'BDI'** setzte sich vor allem aus heutigen **Rep-Mitgliedern** und -Aktivisten, Mitgliedern der **FAP**, der **'Nationalistischen Front'** (NF) und der **'Deutschen Jugendinitiative** (Berlin)' (DJI) die wiederum aus FAP- und NF-Mitgliedern besteht, zusammen. Zu den BDIlern, die jetzt bei den Rep aktiv bzw. Mitglieder sind gehören bekannte Neonazis wie **Werner Deutsch, Fritz Barsch und Wolfgang Wilkening**. Letzterer ist Redaktionsmitglied der in Österreich erscheinenden NS-Zeitung **'Sieg'**, in der er unter dem Pseudonym 'Igamon' auch schreibender weise tätig ist. Die Zeitung wird heute hauptsächlich von den Nazis aus dem FAP- und NF-Spektrum gelesen und wurde vom **'Bund volkstreuer Jugend'** gegründet, der als Teil der illegalen **'NSdAP / AO'** (Auslandsorganisation) 1975 verboten worden ist. Außerdem trat Wilkening auch als Kontaktmann für Spendenüberweisungen auf einem Flugblatt auf, daß vom damaligen FAP-'Gauführer' Tim Wöhrle unterzeichnet war.



Wolfgang Wilkening

Somit ist es auch nicht verwunderlich, daß bei Rep-Veranstaltungen immer wieder militante Neonazis auftauchen. Der braune Kreis fängt an sich zu schließen. Verstärkt kümmern sich die Rep auch um die erzreaktionären revanchistischen Vertriebenenverbände. Hier ist noch jede Menge Wählerpotential - unzufrieden mit der derzeitigen CDU-Politik - für die Deutschlandpolitik der Rep zu gewinnen. Für sie ist die "deutsche Frage" soweit offen, wie für die Rep Berlin immer noch die Reichshauptstadt ist. Im elitären Bereich der studentischen Burschenschaften soll Rep-Politik natürlich auch nicht fehlen. Die westberliner CDU- und Regierungsspitze rekrutierte sich fast vollständig aus diesen "schlagenden Verbindungen" (Diepgen, Landowski, u.a.).

1988 gründete sich der westberliner Landesverband des **'Gesamtdeutschen Studentenbundes'** (GDS). Der Republikaner **Thorsten Witt** wurde gleich zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Der 'GDS' gehört dem als außerordentliches Mitglied zum **'Bund der Vertriebenen'** (BdV). Medizinstudent Witt war vorher Pressesprecher des **'Coburger Convent'** (CC). Von diesem Posten mußte er wegen seiner allzu politischen Zusammenarbeit mit den Burschenschaften zurücktreten.

Am 17. Juni '88 beteiligte sich Witt an dem Aufmarsch der **'Deutschen Burschenschaft'** (DB) vor dem Brandenburger Tor (s. Info Nr. 4 -"Verschlagene Verbindung"). Am 20. August '88 beobachtete er die Gegenkundgebung gegen den Landesparteitag der Rep. Kurze Zeit vorher sagte Witt in einem Prozeß gegen einen Antifaschisten aus, der im Zusammenhang mit der Verhinderung einer Rep-Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude (14. 7. '87) festgenommen worden war.



Thorsten Witt

"NS-PROPAGANDA 1989"

Wir wollen hier mit einer kurzen Analyse des Rep-Wahlkampfspots aufzeigen, wie gefährlich die Demagogie der Rep-Propaganda ist. Hinter den rein technischen Mängeln des ausgeklügelten Films, verbirgt sich eine faschistische Ideologie, die bei der oberflächlichen Betrachtung sehr leicht übersehen werden kann. Ein wichtiges Gestaltungs-moment des Spots ist, daß Bild und Kommentar zeitlich versetzt sind. Das heißt, wir sehen Bilder aus einem vermeintlichen westberliner (kreuzberger!) Alltag, die erst viel später durch den Rep-Landesvorsitzenden Andres in propagandistischer Weise interpretiert werden. Der Sinn dieser Trennung von Bild und Kommentar entspricht der Rep-Strategie von der Zurschaustellung einer demokratischen Fassade, hinter der sich faschistische Inhalte verbergen. Wäre der Kommentar direkt auf die Bilder gesprochen, wäre die Parallele zu NS-Propagandafilmen (z.B. gegen Juden) zu eindeutig gewesen. Wir lassen Bild und Ton nocheinmal ablaufen. In den *Klammern* sind unsere Anmerkungen, in den /-Strichen die Bildschnitte angegeben.

Bild: *(schwarz-weiß)* Eine Straße in Berlin unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, Trümmer, fast menschenleer, ein einsamer Radfahrer fährt durchs Bild.
Ton: Titelmelodie aus "Spiel mir das Lied vom Tod"

Szenenwechsel: (Farbe) - die Straße heute / Reclame der Berliner Morgenpost, das Europacenter im Hintergrund, der Mercedesstern / ein Neubauviertel in der Kleiststraße / die Gedächtniskirche *(alles mehr oder weniger leer, ohne oder nur mit wenigen Menschen, doch die kommen jetzt: und zwar aus der linken oberen Bildecke).*

Szenenwechsel: "Haßkappen", viele, ganz nah, sie laufen durchs Bild nach rechts unten / Ein Grafitti: "Hafenstraße bleibt - Kreuzberg kämpft" / noch mehr "Haßkappen" jetzt schneller laufend, wieder von links nach rechts unten. *(Von links kommt immer das Böse in diesem Streifen!)* / Grafitti: "Polizei / SA / SS Kahrolsun..."/ Nollendorfplatz, 11. 6. '82, Autonomen-Demo gegen den Reagenbesuch, ein Mercedes wird umgekippt / Tränengasschwaden / Der Mercedes brennt jetzt / "Haßkappen" sind verschwunden, nur noch Steine auf dem Platz, Bullenwannen im HinteRgrund *(machtlos)*.**Ton:** weiter "Spiel mir das Lied vom Tod"

Szenenwechsel: Arbeitsamt *(groß eingeblendeter Schriftzug über dem Eingang)* / Arbeitsamtseingang indem Menschen verschwinden *(auch sie kommen von links).*

Szenenwechsel: Reclameschilder von türkischen Geschäften *(Juwelier, Bank, Reisebüro, Restaurant,- in schneller Schnittfolge)* / Markt am Kottbusser Tor, ein türkisches Ehepaar geht mit Einkaufs-

Die Rep im "Wahlkampf"

In einer Großstadt wie Westberlin setzt sich die Partei logischerweise anders zusammen, als in Bayern. Das Wählerpotential wird aber das gleiche sein. Zu recht kann die westberliner Rep als Bullenpartei bezeichnet werden. Nicht nur weil eine große Zahl der Rep-Mitglieder hier Bullen sind, sondern auch weil ihr Pogramm in Punkto "Ruhe und Ordnung" auf die Stimmung innerhalb der staatlichen Repressionsorgane zugeschnitten ist. Vielen grünen Staatsbütteln ist die starke Hand des CDU-Senats noch viel zu schlapp.

Wie groß die Sympathien für die Rep bei den Bullen sind, bekamen AntifaschistInnen immer wieder z.B. bei den verschiedenen Aktionen gegen Rep-Versammlung zu spüren. Zuletzt auf der Kundgebung gegen die Rep am 18. Januar vor dem ICC, wo sich durch die Knüppelorgien auf die Köpfe der Kundgebungsteilnehmer, die persönlichen Motivationen, den Helm für die Rep hinzuhalten und den Knüppel für ihre Ziele zu schwingen, als blutiger Ernst offenbarten.

Zu Beginn des eigentlichen Wahlkampfs, hielten große Teile der Öffentlichkeit an einer Strategie des Totschweigens fest. Sie meinten damit, daß die Rep bei einer allgemeinen Ignoranz ins Leere laufen werden und so bei der Wahl keine Beachtung finden. Wir behaupten aber, daß dies dem Verschweigen der Existenz einer faschistischen Partei gleichkommt, was in der Praxis heißt, daß die Augen vor dieser gefährlichen politischen Entwicklung geschlossen werden. Das Nichtsehenwollen faschistischer Tendenzen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wird nach hinten losgehen.

tüten über die Straße *(von links nach rechts)* / Ein Mann, lange Haare mit Ledermütze und Sonnenbrille läuft durchs Bild *(von links nach rechts)*, ein Punk mit Irokesenschnitt im Hintergrund dreht sich kurz um *(er hat was gegen die Kamera - gegen Reps).*/ Immer noch Kottbusser Tor. Eine als Braut geschmückte Puppe sitzt auf der Kühlerhaube eines neuen Mercedes - eine türkische Hochzeit / Türkische Kinder stehen an der Straßenkreuzung vor Kaisers und laufen dann durchs Bild *(von links nach rechts)*. **Ton:** immer noch "Spiel mir das Lied vom Tod"

Szenenwechsel: groß im Bild eine Armbeuge in der eine Fixe steckt, Kameraaufzug bis zu erkennen ist, daß es sich um eine Tote Fixerin handelt, *(nachgestellte Szene)* / schwarzes Holzkreuz an der Mauer.

Szenenwechsel: Das Haus am Checkpoint Charly / Kamera *(schwenkt noch von links nach rechts)* folgt einem Ausflugsschiff auf dem Kanal und bleibt auf der Mauer mit dem dahinterstehenden Wachturm stehen / noch ein Mauerbild / *(jetzt ändert sich die Filmrichtung, Kamera schwenkt von rechts nach links)* weiße Kreuze an einem Zaun vor der Mauer bis auf ein größeres schwarzes Kreuz mit Kranz, Aufzug auf dahinterliegende Mauer mit Wachturm. **Ton:** "Spiel mir das Lied vom Tod" bricht jetzt ab.

Harter Scenenwechsel: Wohnzimmer, Rep-Landesvorsitzender Andres *(dessen Name weder genannt noch irgendwann eingeblendet wird)* sitzt auf der Couch und kommentiert:

"Meine Damen und Herren, Bilder unserer Stadt, mit Blut, Schweiß und Tränen wurde Berlin von unseren Alten wieder aufgebaut. Überfremdung, Wirtschaftsasylanten, Chaoten, Rauschgiftsüchtige und die unsägliche Teilung der Stadt sind Auswüchse der bisher hier geleisteten Politik". *(harter Schnitt in "Froschperspektive" er sieht jetzt von oben auf den Zuschauer herab)* "Bundeswehrdrückeberger, Leistungsunwillige und Spekulanten tummeln sich in einer nicht zu vertretenden Größenordnung in Berlin".

(Schnitt auf die vorherige Einstellung) "Für die politische Umkehr, für Rechtstaatlichkeit, Ehrlichkeit und Patriotismus. Für eine Demokratie, die sich nicht selbst zerstört. Dafür stehen wir ein. Erleben Sie uns hautnah, am 18. Januar im ICC bei unserer Großveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber. Wählen Sie am 29. Januar konservativ, wählen Sie Republikaner, denn man kann wieder wählen", *(Schnitt: Andres in Nahaufnahme, Kameraaufzug auf Gruppenbild der Rep-KandidatInnen - während dieses Aufzugs erhebt sich sein rechter Arm (!))* "Und so wie wir denken, denken immer mehr".

Mit der Musik "Also sprach Zarathustra" von Richard Strauß beginnt die Schlußsequenz des Spots. Zarathustra ist bei Friederich Nietzsche (dessen Philosophie einen starken Einfluß auf die **"Neue Rechte"** hat) das Sinnbild des Übermenschen. Der Schluß ist an eine Szene aus dem Film "2001 - Odyssee im Weltraum" angelehnt. Dort suggeriert die Szene, zur gleichen Musik, die Rettung in der Unendlichkeit des Universums.

Im Rep-Spot sehen wir zu der Musik die Skyline der Innenstadt als finstere stilisierte Schatten im Gegenlicht der warmen aufgehenden Sonne. Hier wird die religiöse Lehre Zarathustras, nach der der gute Geist (das Licht) den bösen Geist (die Finsternis) am Ende aller Tage besiegt und ein ewiges Reich gründet, bildlich interpretiert. Nach Zarathustra kann nur der erlöst werden, der das Licht in seinem Kampf gegen die Finsternis unterstützt. Aus dem Zentrum der Sonne (des Lichts) kommt der Schriftzug: *"Man kann wieder wählen. Die Republikaner"* nach vorn, bis er die ganze Breite des Bildschirms eingenommen hat.

Wer die Nazi-"Dokumentarfilme" über das Leben der Juden in den Ghettos kennt, oder auch nur Ausschnitte davon, und den Kommentar des Bullen Andres über die davor gezeigten Bilder legt, dem werden nicht nur die gelben Sterne an Jacken und Mänteln in Erinnerung gerufen.
Andres spricht von "politischer Umkehr", Umkehr wohin ? Zurück zu den Zeiten, in denen Faschisten das "Heil" als Rettung verkündeten und das "Böse" (alles was von links kommt) bekämpften um das ewige Reich zu errichten? Faschistische Demagogie nach 4o Jahren BRD!

Eine eindeutige antifaschistische Politik muß diese Tendenzen genau dort an die Öffentlichkeit bringen, wo sie auftauchen. Und wenn die Herrschenden mit ihrer Politik diesen Tendenzen den Weg bereiten, muß eine klare antifaschistische Aussage auch eine Kampfansage an die herrschende Klasse sein. Die Linke muß sich konkret die Aufgabe stellen eine Politik zu machen, die auch Perspektiven eröffnen kann und verhindert, daß sich die herrschende Politik am äußersten rechten Rand eine Massenbasis verschafft. Ohne eine revolutionäre Linke Bewegung, wird es auch keine revolutionäre antifaschistische Bewegung geben können. Fortsetzung nächste Seite



Das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus entwickelte bereits frühzeitig verschiedenste Aktivitäten um der Rep-Politik entgegen zu wirken. Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Aufklärung über die Funktion der Rep als Sammelbecken neofaschistischer Kräfte. Die Mobilisierung gegen Versammlungen der Partei lief zum größten Teil erfolgreich. Einige Treffen und Versammlungen der Rep konnten blockiert oder verhindert werden.



Amtliche Rep-Unterstützung

Nach der offiziellen Zulassung für die Rep wurden weitere Aktionen des Bündnis durch die Bullen massiv be- und verhindert. Am 15. Dez. trafen etwa 200 AntifaschistInnen in Tempelhof auf ein massives Bullenaufgebot vor der Kneipe 'Zum Dicken Engel', in der die Rep eine Informationsveranstaltung durchführten. Um deren ungestörten Verlauf zu garantieren setzte der Senat auch eine EX-Sondereinheit der Bullen ein, damit war die Linie der Eskalation seitens der Staatsmacht vorgezeichnet.

Schon Anfang November begannen die Aktionen gegen die Verteilung der rassistische Hetzpropaganda an Rep-Informationsständen. Am 12. November erlagen drei dieser Stände dem "stürmischen Andrang" junger AntifaschistInnen. Ein samstägliches Antifa-Frühstück in verschiedenen Bezirken wurde eigens zu diesem Zweck eingerichtet. Unter dem Motto "Mobil gegen Rechts" konnten die Antifas entscheidend auf das Auf- bzw. Abbauen der Rep-Infostände einwirken und die Verteilung von Propagandamaterial größtenteils erfolgreich stoppen (diese und weitere Aktionen sind auf den Chronologieseiten ausführlicher beschrieben).

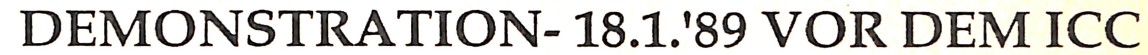
Bis zum 18. Januar standen die einzelnen Gruppen des Bündnis ziemlich allein in den antifaschistischen Aktionen. Erst durch die rassistischen Aussagen der Rep im Fernsehspot verbreitete sich die Einsicht, daß gegen die Rep konkret etwas unternommen werden muß. Während mit der antifaschistischen Demonstration gegen die Rep-Wahlkampfveranstaltung im ICC die Mobilisierung ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, entschied das Verwaltungsgericht, daß der Rep-Hetzspot ein zweites Mal über den Sender gehen muß. Vor dem ICC demonstrierten über 8.000 Menschen gegen die Faschisten, die Kundgebung wurde brutal von den Bullen angegriffen (siehe auch Bericht von der Demo).

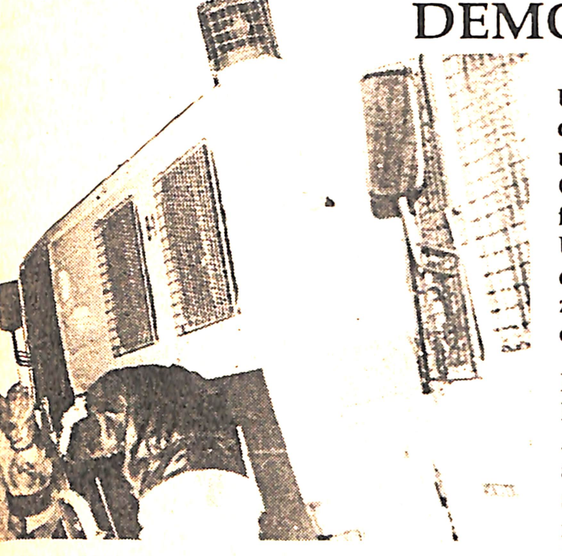


Die bereits am 9. Januar angemeldete Demonstration ist schon im Vorfeld Behinderungen ausgesetzt gewesen. Erst wenige Stunden vor ihrem Beginn wurde die Demo endgültig genehmigt. Eine einstweilige Verfügung gegen die verschärften Demo-Auflagen durch den Innensenat ist vom Verwaltungsgericht abgelehnt worden. Das selbe Verwaltungsgericht hat damit gleich zwei Entscheidungen - zur Unterstützung der Rep - zu verantworten. Einen Tag nach der Demo lief der Rep-Spot zum zweiten Mal über den Bildschirm und zwar direkt nach den Bildern der antifaschistischen Proteste vor und im ICC, die mit einem üblen Kommentar versehen waren. Dies war ein Schlag ins Gesicht aller AntifaschistInnen.

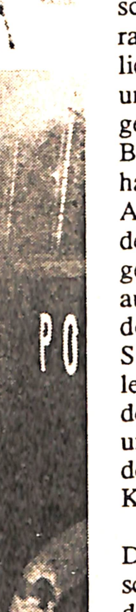


BERICHT VON DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION- 18.1.'89 VOR DEM ICC





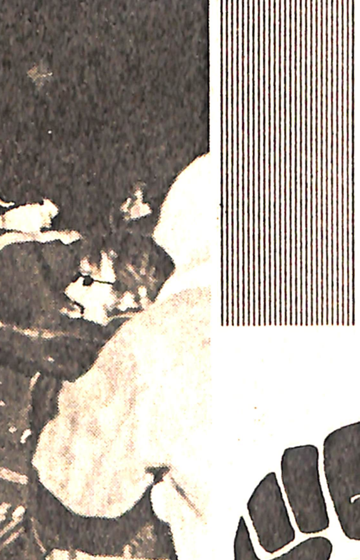
Über 8000 Menschen kamen zu der Demonstration gegen die Wahlkampfveranstaltung der "Republikaner". Für viele war die rassistische Hetze der Rep ein Alarmsignal: Alte und neue Nazis wollen sich in Westberlin breitmachen. Die zahlreichen Gruppen und Organisationen, die zu der Demo aufgerufen hatten, konnten mit der Mobilisierung zufrieden sein. Die Stimmung war gut. Nur Fahnen und Transparente ermöglichten einen Überblick über die Menschen die gekommen waren. Autonome, AusländerInnen, StudentInnen und eine große Zahl von SchülerInnen, MitgliederInnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften, der SEW, der AL, der SPD und viele andere organisierte und unorganisierte AntifaschistInnen.



Die Bullen hatten mit der großen Beteiligung wohl nicht gerechnet. Direkt zu Anfang beschlagnahmten sie eine Fahne, auf der eine Faust ein Hakenkreuz zerschlägt, mußten diese aber bald wieder rausrücken. Danach hielten sie sich ziemlich zurück. Ihre größten Kräfte hatten sie um das ICC konzentriert. Bis zum Kundgebungsplatz lief die Demo ohne weitere Bullenprovokationen ab. An ihrer Spitze hatte sich ein Block von Gruppen aus dem Antifa-Bündnis formiert. Erst kurz vor dem Eintreffen des langen Demozugs gegen 19 Uhr riegelten die Bullen das ICC auf der Frontseite ab. Die beiden Spuren der linken Fahrbahnseite waren durch Stoßstange an Stoßstange aufgereihte Bullentransporter völlig dicht gemacht worden. Zwei Wannen mit riesigen (aber nicht unüberwindlichen) Gittern versperrten auf der rechten Fahrbahnseite den Weg auf die Kreuzung Neue Kantstr./Messedamm.

Die Kundgebung war vom Innensenat ausschließlich auf dem entfernten, gegenüber des ICC gelegenem, Parkplatz genehmigt worden. Dieser Platz wäre für die vielen Menschen nicht nur zu klein gewesen, er war von den Bullen auch so umstellt gewesen, daß er durch zwei leichte Wannenbewegungen zum Kessel wird (einziger Fluchtweg bei einer Panik - die tiefergelegene Autobahn, auf der der Verkehr tobte). Neben dem ICC standen zwei Wasserwerfer und gepanzerte Räumfahrzeuge bereit. Der materielle Aufwand der Bullen zum Schutz der Rep-Veranstaltung war kaum zu übersehen. Aber es sollte noch schlimmer kommen.





Die Spitze der Demo hielt sich auf der - bis zur Kreuzung freien - rechten Fahrbahn und ging bis kurz vor die Gitter, um den mittleren- und hinteren Teil der Demonstration nachkommen bzw. passieren lassen zu können. Dies war nötig, damit alle Teilnehmer aufschließen konnten und um zu vermeiden, daß die Masse sich auf der zu überquerenden Brücke staut. Allerdings funktionierte die Vebindung zwischen Vorderem- und Hinterem Demoteil nicht, weshalb der Überblick über die gesammte Länge des Demonstrationszuges verloren ging. Die Kommunikationsstrukturen waren insgesamt äußerst schlecht, zumal auch noch die Lautsprecheranlage des Bündniswagens ihren Geist aufgegeben hatte. Vor den Gittern fiel der Spitzengruppe ein was sie vergessen hatte mitzunehmen - ein Megaphon! Es fing an etwas chaotisch zu werden, eine Koordinierung fand nicht mehr statt.

Während sich der Parkplatz langsam füllte, mußte ein Weg gefunden werden, über den verhindert werden konnte, daß sich der vorbereitete Bullenkessel schließt. Der Sinn des Kessels hätte in der Erstickung des antifaschistischen Protests bestanden. 8000 AntifaschistInnen sollten mit dem wehrlosen Gefühl der Ohnmacht wieder nach Hause geschickt werden. Um das Konzept der Bullen nicht aufgehen zu lassen, setzte sich ein (zu kleiner) Teil der vorderen Gruppe in Bewegung, um den Messedamm für die Demo offen zu halten. Weil die mündliche Vermittlung nicht über vier bis fünf Ketten hinausging, schlossen sich nur wenige Menschen an. Außerdem wurden die Ketten beim übersteigen einer Barriere auseinandergerissen. Das Leittransparent war dabei verschwunden und nicht wieder auffindbar, als sich die Ketten auf dem Messedamm neu formieren wollten.

Hier griffen die Bullen ein. Sie versuchten die Leute vom Damm zurückzudrängen, was ihnen aber nicht gleich gelang. Die ersten massiven Schlagstockeinsätze. Die



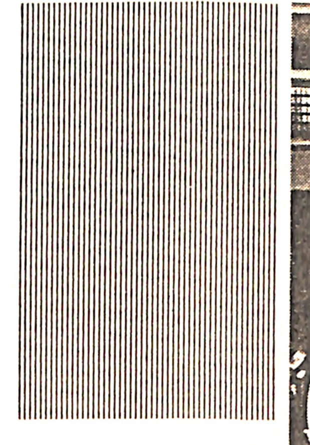
Ketten blieben noch zusammen bis weitere Bullen auftauchten, die (ohne Schilde) in wilder Knüppelei versuchten einzelne Personen herauszugreifen. Diese Versuche konnten durch aktive (körperliche) Gegenwehr abgewehrt werden. Die Bullen knüppelten jetzt wie besessen. Ein Teil der Leute vom Damm fand sich inzwischen auf die andere Sraßenseite abgedrängt wieder. Die Bullen griffen weiter den anderen Teil an, der sich schon fast auf den Parkplatz zurückgezogen hatte, der mittlerweile mit Gasgranaten beschossen wurde. Um sich vor noch mehr blutigen Köpfen zu schützen flogen jetzt auch Steine, die die Senatsbüttel einigermaßen auf Distanz halten konnten.

Hinter den aufgzogenen Bullenketten sammelte sich eine EbLT-Einheit, die kurz darauf eine Kostprobe ihrer berüchtigten Einsätze startete: In Keilformation griffen sie mehrmals die Kundgebung auf dem Parkplatz an, wo sich die Situation schon einigermaßen beruhigt und der erste Redebeitrag begonnen hatte. Bei diesen Angriffen rissen sie riesige Löcher in die Menschenmenge, prügelten so gezielt auf alles ein was Köpfe hatte, daß sie bei ihren Rückzügen über mehrere blutend am Boden liegende Menschen liefen oder stolperten. Die Energie, die die Bullen bei dem Gemetzel entwickelten, provozierte unweigerlich den Gedanken, daß sie für den Schutz "ihrer" Bullenpartei über Leichen gehen würden. Trotzdem gelang es AntifaschistInnen einige dieser Angriffe zurückzuschlagen, wodurch noch mehr und noch schlimmere Verletzungen verhindert werden konnten.

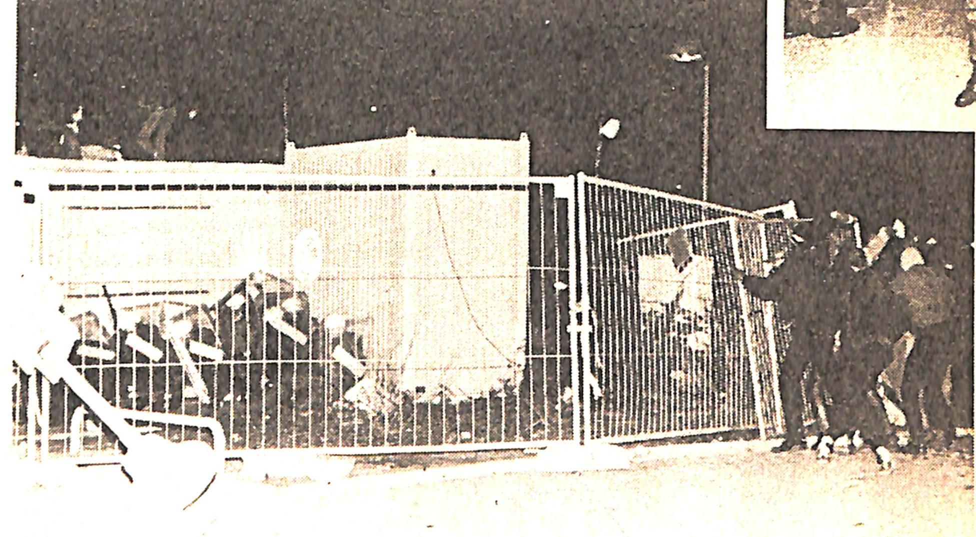
Die bis 21 Uhr angemeldete und "genehmigte" Kundgebung ist (trotz ständiger Unterbrechungen durch den Bullenterror) durchgesetzt worden. Auch die Wasserwerfereinsätze konnten die Teilnehmer nicht mehr vertreiben. Es wurden Bullen gesehen die mit gezogener Knarre gegen AntifaschistInnen vorgingen und gekennzeichnete Demo-Ordner wurden durch Steinwürfe von Polizisten verletzt. An der Ecke Neue Kantstr./ Herbartstr. raste ein VW-Bus der Bullen mit hoher Geschwindigkeit in die Menschenmenge, wobei 2 Leute angefahren worden sind. Einer davon erlitt schwere innere Verletzungen. Das Verhältnis der Zahl der Verletzten zu der Zahl der Festgenommenen Demonstranten, läßt Rückschlüsse auf das Einsatzkonzept der Bullen zu: Vorrangiges Ziel war möglichst viele Verletzte zu produzieren. Es soll Hinweise darauf geben, daß, wie schon bei vorherigen Einsätzen zum Schutz von Rep-Veranstaltungen, in der Einsatzleitung ein Rep-Mitglied gesessen hat.

Die Zahl der Verletzten AntifaschistInnen dürfte wohl weit über Hundert liegen. Zahlreiche Kopfverletzungen, Nierenquetschungen, Rippen-, Bein- und Armbrüche, Atembeschwerden und Hautausschlag durch Tränengaseinsatz sind die Billanz des Bulleneinsatz zum Schutz der Faschisten. Allein im Klinikum Westend mußten über Fünfzig Menschen behandelt werden.

Unter den sieben Festgenommenen befanden sich zwei Neonazis. Die beiden gehörten zu einer Gruppe Faschisten, die sich in der nähe der Kundgebung aufhielten, provozierten und mit Steinen auf die KundgebungsteilnehmerInnen warfen. Einer der beiden trug eine Übungshandgranate bei sich. Auf dem Nachhauseweg wurde eine Gruppe Jusos, warscheinlich von der selben Fascho-Truppe, angegriffen.



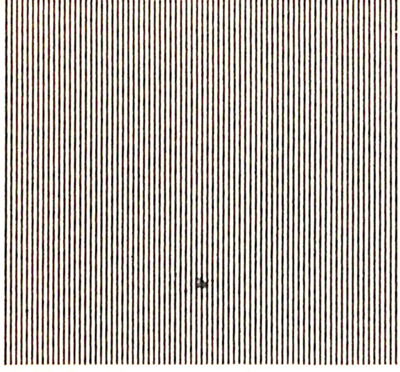




Ausführliches über Ideologie und Programm der REP kann in der Broschüre **'VOR-SICHT REPUBLIKANER'** nachgelesen werden. Herausgeber der 36 Seiten umfas-senden Analyse: Volksfront, ASTA-FU und VVN Westberlin.
Zu beziehen über: Volksfront Westberlin, c/o GNN, Czeminskistr. 5, 1000 Berlin 62
Preis: 2.5o DM incl. Porto, bei mehr als 4 Ex. 2.oo DM zuzügl. Porto.

Für alle Interessierten bieten wir ein vom Antifa-Presse-Archiv zusammengestelltes 'INFOPAKET' über die 'Republikaner' an. Es enthält die bisher in unserem Infoblatt abgedruckten Artikel über die REP, die oben angegebene Broschüre 'VORSICHT REPUBLIKANER', das Antifa-Jugendinfo zum Thema "REP und NEO-NAZIS", das Antifa-Bündnisflugblatt gegen die REP und das Fluggi vom Anti-REP-Komitee. Preis incl.Porto: 6.- DM. Zu beziehen über unsere Kontaktadresse, Stichwort: 'INFOPAKET'





BERICHT AUS DEM ICC

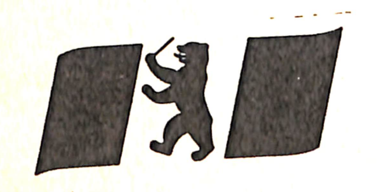
Während vor dem ICC die Spitze der Demonstration gegen die "Republikaner" ankam, betraten einige AntifaschistInnen die heiligen Hallen. In der weitläufigen Eingangshalle waren Sitzgruppen mit gut gekleideten Herren plaziert. An den Rolltreppenaufgängen standen sie in lockeren Gruppen. Doch frau/man konnte die Zivis und Sicherheitsbeamten ungehindert passieren.



Der große Saal im 2. Stockwerk, in dem die SPD Wahlkampf blubberte, war mit fast 5.000 Leuten gut gefüllt, doch waren vereinzelt Menschen zu sehen, die an der inhaltlichen Darbietung nicht besonders interessiert waren. Die SPD hatte doch noch kurzfristig für ihre Veranstaltung Eintrittskarten herausgegeben, und so mit verhindert, daß viele Menschen Zutritt zum ICC bekamen.

Es gab keinen direkten Weg vom Saal der SPD zum Rep-Saal. Draußen auf den verschiedenen (Roll-) Treppen, Auf- und Abgängen liefen kleinere Grüppchen hin und her, zwar aufgeschlossen für die vielfältigen Begehungsmöglichkeiten des riesigen Gebäudes aber auch ziemlich desorientiert.

Gegen halb acht versammelten sich immer mehr Leute im Foyer des 1. Stockwerks. Von dort konnte frau/man die Haupteingangshalle gut überblicken. Die Halle war durch eine aufgestellte Trennwand geteilt. Rechts davon der Weg vom Haupteingang zu den Rolltreppen. Und siehe da, schon kamen die ersten "Republikaner", die durch einen Hintereingang geschleust worden waren: Kleinbürger, selbstgefällige dumme Deutsche und stramme Neonazis. Die Parolen wie **"Nazis raus!"**, **"Nazis vertreiben, Ausländer bleiben!"** wurden jetzt lauter. Wir waren mittlerweile 200 bis 300 Leute, einige Fotografen und ein Trompeter. Die 'Republikaner' versuchten krampfhaft belustigt zu wirken, einige zogen es aber vor diesen Weg möglichst schnell hinter sich zu lassen. Die Bullen filmten uns von gegenüber.



Als gegen acht nur noch einige Zuspätkommer der Rep unten vorbeigelaufen waren - Jungmänner mit dem deutschem Haarschnitt, die teilweise ihre Jacken lieber über den Kopf wickelten, als damit den Oberkörper zu bekleiden, war blieb die Frage: Was nun? Die SPD hatte inzwischen ihre Veranstaltung beendet. Hunderte BesucherInnen strömten die Treppe herunter, blieben aber nur teilweise stehen. Die Parolen gegen die Rep wurden wieder lauter. Die Gelegenheit wäre günstig.gewesen.

Nur wenige Zivis oder ICC-Ordner vor der Trennwand, alles voll Leute. Einige rückten näher an die Wand. Es wurde gedrängelt und geschoben, mehrere drückten von hinten nach und relativ schnell fielen die ersten Teile der Stellwand um. Die geringe Anzahl der Ordnungshüter war hilflos. Hinter der Wand hatten sich ein, zwei Reihen Uniformierter aufgestellt. Es entwickelte sich eine kurze Rangelei. Dabei wurden auch aktive "Republikaner" gesehen. Es wurde getreten. Leute, die schon von den Bullen festgehalten wurden, konnten wieder Befreit werden. Einer (?) wurde kurz festgenommen und personalienüberprüft. Etwas mehr Nachdruck und der Weg zur Rep-Veranstaltung wäre freigewesen.



Erst später kam ein Trupp Behelmter, der die Reihen der Bullen verstärkte. Da sich nun auch die Massen lichteten beruhigte sich die Szene etwas. Es wurden Ketten gebildet (**"deutsche Polizisten schützen die Faschisten"**).

Aber die Chance noch zum Saal der "Republikaner" zu kommen war jetzt vorbei. So rückblickend kann ich nur sagen: Wir waren ein paar entschlossene Leute zu wenig und dazu noch zu unvorbereitet. Wir hatten auch etwas zu spät angefangen.

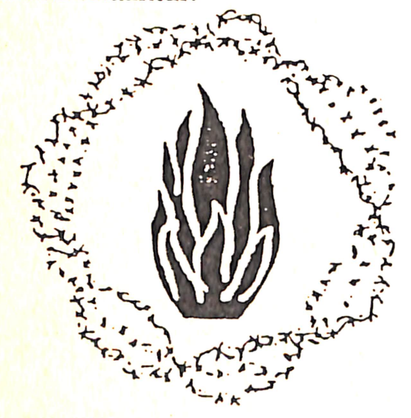
'FREIHEITSPARTEI' TARNORGANISATION MILITANTER NEONAZIS

Unbeachtet von der jetzt auf einmal so empörten bürgerlichen Öffentlichkeit über den Wahlerfolg der 'Republikaner' haben sich die militanten Nazis in Westberlin mit der 'Freiheitspartei'(FP) eine legale Organisation geschaffen. Schon lange hat die Westberliner FAP an einer legalen Organisationsform gearbeitet, um das für sie geltende Alliierte Verbot des öffentlichen Auftretens zu umgehen. Die 'Freiheitspartei' wurde als Wählergemeinschaft im Bezirk Wedding vom Landeswahlausschuß zugelassen und konnte bei den Wahlen 208 Stimmen erreichen.



Raband und Golibersuch

Der Vorstand der 'Freiheitspartei' setzt sich aus erklärten 'Nationalsozialisten' der **FAP** zusammen, die größtenteils schon seit Jahren versuchen militante Faschisten zu organisieren. Die Arbeit an einem Parteiprogramm, mit dem es möglich ist das Alliierte Verbot zu unterlaufen begann bereits Anfang 1987, nachdem die Westberliner Polizei ein Gautreffen der Berliner FAP in Spandau aufgelöst hatte und über 100 Nazis vorübergehend festnahm. Dabei ist die Berliner Polizei natürlich nicht aus eigenem Antrieb aktiv geworden, sondern erst auf Anweisung der Alliierten Komandantur.



Das Grundsatzprogramm der **'FP'** ist entsprechend geglättet. In diesem 'Programm' geben sie sich besorgt über das *"Wohl des Volkes"*, prangern das *"herrschende System in seiner Gesamtheit"* an, die *"Steuerordnung"*, das *"Aushalten fragwürdiger Künstler"* (früher hieß das 'entartete Künstler'), preisen *"Treue und Anständigkeit"* (was bei der SS unter dem Motto 'Unsere Ehre heißt Treue' lief). Weiter gehts mit der *"Überbevölkerung und Weiterexistens des deutschen Volkes"* (Volk ohne Raum), was sie dann in ihren kranken Hirnen mit dem Umweltschutz zusammenbringen, der nach ihrer Ansicht in einem übervölkerten Land nicht möglich sei. Sie wenden sich gegen eine multikulterelle Gesellschaft als *"ein buntes Gemisch aus verschiedensten Rassen, Völkern ..."* und sie wollen das ganze lösen , wie die **"Republikaner"** (Rep), durch *"humane Rückführung"*.

Das 'FP-Programm' steht, wie auch das Rep-Programm, für die neue Linie der Faschisten: Nach außen hin Verfassungstreu wirken, um unter Vermeidung allzu deutlicher NS-Propaganda eine Verankerung in der Bevölkerung zu erreichen. Wenn wir uns den Vorstand der 'FP' näher ansehen wird deutlich, daß es sich lediglich um einen Mantel für die **legale Organisierung der militanten FAP-Nazis** handelt:

-**Reinhard Golibersuch**, kam 1983 nach Westberlin, um **Kühnens ANS/NA** hier aufzubauen. 1984 war er bei der Gründung der Berliner FAP dabei und gehört noch heute zu ihrer Führung. Seit Oktober '88 sitzt er, wegen der ANS/NA Gründung, eine eineinhalbjährige Freiheitsstrafe im Moabiter Knast ab. In der FAP-Gefangenenzeitung **'HNG-Nachrichten'** (Zeitung der Hilfsorganisation Nationaler Gefangener), werden seine Briefe aus dem Knast abgedruckt. Golibersuch ist 'FP'- Präsidialschriftführer (viel Zeit zum Schreiben hat er ja) und stand auf Platz 1 der 'FP'-Kandidatenliste.

-**Lutz Schillock**, früher **'Wiking Jugend'**-Vorsitzender. Heute Aktivist und führendes Mitglied der Berliner FAP. Er kandidierte auf Platz drei der 'FP'-Liste und ist ihr 'Parteipräsident'.

-**Arne Kaupat** und **Oliver Schweigert**, sie organisieren seit über zwei Jahren den FAP-Terror in Steglitz und Lichtenrade. Gegen beide liefen Prozesse u.a. wegen Körperverletzung bei Überfällen auf Antifaschisten. Beide sind 'FP'-Vorstandsmitglieder. Kaupat führt den 'Vorsitz' im 'Rechnungsausschuß' und Schweigert hat die Funktion des 'Präsidialsprechers' übernommen.

-**Ingmar Raband**, ebenfalls eine der zentralen Figuren der FAP-Berlin, nahm an Wehrsportübungen in Westdeutschland teil oder

-**Tim Wöhrle**, der 'FAP-Kameradschaftsführer' in Westberlin war. **Raband** ist der Stellvertreter des jetzigen 'FP'-Präsidenten. **Wöhrle** stellvertretender 'Parteivorsitzender'.

